

Nr. 204

erscheint monatlich

1. Dezember 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

Leute, die sich zu klug dünken, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die möglicherweise dümmer sind als sie selbst. (nach Platon)

Aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie: http://de.wikipedia.org/wiki/Präimplantationsdiagnostik

Präimplantationsdiagnostik

Diese Seite wurde zuletzt am 29. Oktober 2010 um 12:50 Uhr geändert (Stand bei Redaktionsschluss).

Unter dem Begriff Präimplantationsdiagnostik (PID) werden zytologische¹ und molekulargenetische² Untersuchungen zusammengefasst, die dazu dienen, bei einem durch in-vitro-Fertilisation³ erzeugten Embryo⁴ bestimmte Erbkrankheiten und Besonderheiten der Chromosomen⁵ vor der Implantation⁶ zu erkennen, also bevor der Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt wird. Zweck der Diagnose ist, eine Hilfe für die Entscheidung zu geben, ob der Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt werden soll oder nicht.

Verfahren

Üblicherweise wird am dritten Tag nach der Befruchtung eine Zelle des Embryos entnommen (Blastomerbiopsie). Der Embryo befindet sich zu diesem Zeitpunkt im 4- bis 8-Zell-Stadium. Eine Entnahme nach fünf bis sechs Tagen wird als Blastozystenbiopsie bezeichnet. Nach der Entnahme der Zelle wird das Genom⁷

extrahiert und auf das Vorhandensein genetischer Besonderheiten mittels FisH-Test oder anderer molekulargenetischer Methoden untersucht.

Was genau untersucht wird, hängt von dem betreffenden Paar ab, von dem der Embryo stammt. Keineswegs wird ein kompletter Test auf alle bekannten Erbkrankheiten

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen! Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 (L)eserpost
- 6 Schweizer Vorbild
- 8 Aus der Arbeit des EuP
- 10 Damals im Dezember
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 13 Förderung Schulsozialarbeit
- 14 Von Äpfeln und Gurken
- 15 S21 verfassungsrechtliche Frage?
- 16 Persönliches Wort an einen Jubilar
- 17 Es stand vor 10 Jahren ... (A)bgestimmt wie?
- 18 Protokoll Dienstagstreff
- 19 (R)umgefragt
- 22 Kommentar Aufruf an Muslime PID: Beratungszeit ist notwendig.
- 23 "... Behauptung. / falsche Vergleiche"
- 25 Zwischen Cannstatt und Stuttgart
- 27 Hinter Kulissen von S21 geschaut
- 28 Wenn Wörter Tretminen werden
- 29 Neubaustrecke S21: Nur für wenige?
- 31 Kälber, Krempel und Klaviere
- 32 Termine, Hinweise u. a. ■

¹alle Begriffserklärungen auf Seite 9

weiter auf Seite 3 >>>

Adress-Aufklebei







🛎 Liebe Leserinnen und Leser!

Ehre, wem Ehre gebührt

In einem Teil der Auflage des Novemberhefts hatte sich ein Fehler eingeschlichen: Gerhard Müller ist nicht zehn, sondern schon volle fünfzehn Jahre unser treusorgender Kassier. Um so mehr gebühren ihm dafür Lob und Dank. (Das den gedruckten Exemplaren im Novemberheft beigefügte Korrekturblatt verursachte dem Ortsverein keinerlei Kosten.)

Stuttgart 21

Die Berichterstattung und Kommentierung zu diesem Thema geht nochmals weiter (Seiten 15, 23, 25). Wir wollen wie bisher im Rahmen unserer Möglichkeiten ausgewogen und fair über das Pro und Contra informieren. Diesmal schauen wir uns zudem noch in der Schweiz um, dem Roten Seehas sei Dank. (Seite 6)

Migration und Migrationshintergründe

Im Novemberheft wurde durchaus kritisch dargestellt, dass Integration "romm wia nomm" keine Einbahnstraße sein darf. Zur Wahrheit gehört, dass an einem Teil unserer Schulen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oft

die große Mehrheit in den Klassen darstellen und, natürlich, dass sie dann oft auch zu den guten und fleißigen gehören.

Dazu zählen Aussiedler aus Russland, Kasachstan und dessen Nachbarstaaten ebenso wie die längst hier ansässigen klassischen Gastarbeiter-Nachfolge-Generationen.

Der einzige 14jährige aus seiner Klasse, der den Rat des Lehrers befolgte und seine Eltern 2009 auf dem Weg zur Bundestags-Wahlkabine begleitete, war übrigens ein Deutscher - mit türkischem Migrationshintergrund. (S. 16, 17, 18, 20)

Und es gibt einen recht kritischen Kommentar zur Zurückhaltung der Ehinger Muslime (S. 22).

Präimplantationsdiagnostik

Ein schwieriges Thema: Die Untersuchung des Erbguts bei künstlicher Befruchtung auf mögliche Genschäden. Darf man das? Soll man das? Und ggf. warum nur bei künstlicher Befruchtung? (Seiten 1 f. und 9)

Fragen an Evelyne Gebhardt (EU)

Wir "vergleichen" Äpfel mit Gurken (S. 14).

"Rund" oder "höher": Wir gratulieren diesmal ...

Ludwig Dom



							••					
Mitg	liedsch	afts-Jı	ıbiläe	n: "ru	nd" =	durch	5 teilb	ar, "ł	ıöher'	' = ab 30) Jahre	
				0						= ab / 0		

	Geb	urtst	lage		Mitgliedschafts-Jubiläen			
	geboren am			wird	Eintrittsj	Jahre		
١	20.	12.	Gerd Schaude	40	1974	Willi Beck	36	
	15.	12.	Hugo Klotz	75	1969	Walter Böttle	41	
,	11.	12.	Willi Beck	73				
	7.	12.	Adelheid Widmann	70				

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchsle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchsle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



durchgeführt. Der FisH-Test beispielsweise testet auf Chromosomenaberrationen⁸, sehr schwerwiegende Veränderungen des Genoms. Einzelne Gene werden dann untersucht, wenn bei den Eltern eine Disposition zu einem Gendefekt vorliegt, wenn also eine Erbkrankheit in der Familie gehäuft vorkommt.

Abgrenzung und rechtliche Lage

Die Präimplantationsdiagnostik ist methodisch und rechtlich von der Präfertilisationsdiagnostik abzugrenzen: Bei dieser Methode finden die Untersuchungen statt, bevor man die Zellkerne von Eizelle und Spermium zusammenbringt, also vor dem Embryonalstadium. Daher ist die Präfertilisationsdiagnostik in Deutschland erlaubt.

Die rechtliche Situation in einzelnen Ländern der Europäischen Union ist sehr unterschiedlich: In England hat sich die Position durchgesetzt, die dem Embryo in den ersten 14 Tagen seiner Entwicklung die Personalität abspricht. In Deutschland verstößt die Präimplantationsdiagnostik nicht gegen das Embryonenschutzgesetz.

Diskussion

Die Präimplantationsdiagnostik ist rechtlich und moralisch sehr umstritten.

Kritiker der PID nennen folgende Argumente, um das Verbot der PID zu unterstützen:

- Keine Zerstörung totipotenter Zellen: Die Zellen, welche für die PID entnommen werden, seien totipotent, könnten sich also zu vollständigen Menschen entwickeln. Die Zerstörung dieser Zellen solle daher verboten sein.
- Künstliche Selektion: Durch die PID solle ausgewählt werden, welcher Embryo in die Gebärmutter verpflanzt und somit eine Chance zum Überleben bekomme. Die Kriterien für eine derartige Auswahl, die in der Evolutionsbiologie als "künstliche Selektion" bezeichnet wird, seien nicht kontrollierbar. Einige argumentieren, Menschen dürften diese Entscheidung gar nicht treffen; andere halten eine Entscheidung gegen das Einpflanzen von Embryonen mit letalen⁹ Gendefekten oder sehr schwerwiegenden Gendefekten zwar für ethisch vertretbar, befürchten aber, dass selbst eine auf Einzelfälle be-

schränkte Erlaubnis der PID mittelfristig zugunsten einer liberaleren Rechtsprechung abgelöst werden könne. Es wird befürchtet, dass die PID dann zu einer gängigen Methode werde, um subjektiv "optimalen" Nachwuchs zu bekommen. Es gebe aber kein Recht auf ein "gesundes' Kind.

Diskriminierung von Behinderung: Wer eine Entscheidung gegen das Einpflanzen von Embryonen mit künftiger körperlicher oder geistiger Behinderung legitimiere, werte im Gegenzug die lebenden Behinderten ab. Eine solche Abwertung von Behinderungen sei eine inakzeptable Diskriminierung.

Die Befürworter der Präimplantationsdiagnostik führen folgende Argumente an:

 Pränataldiagnostik ist erlaubt: Während die Embryonen im Rahmen der Präimplantationsdiagnostik einen besonderen Schutz erführen, seien sie in der späteren Schwangerschaft nicht mehr geschützt. Werde später eine Behinderung festgestellt, sei eine Abtreibung legal. Weil die Belastung für die Schwangere dann aber wesentlich größer sei, werde durch das

Weiter auf Seite 9



Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; stv. Vors. Kerstin Hoffmann, Riedlingen, 0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-5 39 05,

Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner;

ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ulm, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67 13, hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete

Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47,
74653 Künzelsau: 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu

■







Hilde Mattheis MdB informiert. Die Auswahl besorgte die Redaktion.

"Ob Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke verfassungsgerecht sind, bleibt zweifelhaft!"

Zur Ablehnung einer Anhörung im Rechtsausschuss zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Schwarz-Gelb verweigert eine sachgerechte parlamentarische Beratung der Atombeschlüsse der Bundesregierung. Sie hat vordergründig unter Berufung auf Geschäftsordnungsaspekte den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt, die

Verfassungsmäßigkeit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke einer sachverständigen Prüfung zu unterziehen.

Die verfassungsrechtlichen Fragen dabei sogar als "Randproblem" abzutun ist grotesk und im Hinblick auf die vielen namhaften Rechtswissenschaftler, die sich mehrheitlich mit überzeugenden Argumenten für eine Zustimmungspflicht des Bundesrates ausgesprochen haben, schlicht verantwortungslos.

Es zeugt von wenig "Selbstbewusstsein", dass sich die Rechtspolitiker der Koalition mit formalen Argumenten dieser notwendigen Debatte zu entziehen versuchen.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt längere Laufzeiten von Atomkraftwerken ab. Meine Fraktion und ich bleiben bei einem klaren Nein zur Laufzeitverlängerung.

CDU/CSU und FDP schwächen Stadtwerke und schädigen die Kommunalhaushalte

Die heutigen Beschlüsse (28. 10. 2010) von CDU/CSU und FDP im Bundestag über längere Atomlaufzeiten bedrohen vor allem Neuinvestitionen der Stadtwerke in Kraftwerke. Der im Jahr 2000 von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen beschlossene Atomausstieg hat umfassende Investitionen in eine zukünftige Energieversorgung ausgelöst.

Neue Anbieter und Stadtwerke konnten damit rechnen, mit eigenen Kraftwerken die stillgelegten Atomkraftwerke (AKW) zu ersetzen. Die dadurch erreichte Dezentralisierung der Energiegewinnung hätte auch für deutlich mehr Wettbewerb in diesem Sektor gesorgt. Diese Investitionen stehen nun auf der Kippe, denn die Wirtschaftlichkeit neuer Erzeugungsanlagen ist nicht mehr gegeben. Im Ergebnis werden geplante Investitionen sogar verschoben oder zurückgenommen.

Profiteure sind allein die großen Vier im Strommarkt.
Durch die zusätzlichen Gewinne wird allein die Marktmacht von RWE, EON, EnBW und Vattenfall gefestigt. Das verhindert mehr Wettbewerb mit absehbar negativen Folgen für die Strompreise. Die

SPD befürchtet, dass die AKW-Betreiber die zusätzlichen Einnahmen nutzen werden, um auch den Markt der erneuerbaren Energien zu übernehmen. Die so gestärkte Marktmacht wird dazu führen, dass die großen Vier die Preise am Markt noch stärker bestimmen und Kosten beliebig an uns Kunden weitergeben.

Sollte Bundespräsident Wulff dieses Gesetz unterschreiben, wird die SPD es vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen. So offensichtlich verfassungswidrig war bisher kaum ein Gesetz.



(L)eserpost I

Auch von mir herzliche Glückwünsche an Georg Mangold für 30 Jahre Stadtrat. Da kann man nur gratulieren. Ich selbst bin erst seit dem Frühjahr als Nachrückerin im Gemeinderat und sehe jetzt, wie viel Zeit man hier investiert.

Bei Dir, lieber Gerhard Müller, darf ich mich für 15 Jahre Kassierer-Tätigkeit bedanken.

Was wäre unsere Partei ohne die ehrenamtliche Tätigkeit!

Danke Ludwig, das Rote Füchsle war wieder sehr informativ.

> Heidi Ankner Blaustein SPD-Kreisvorsitzende

(L)eserpost II

's Rote Füchsle war mal wieder toll!

Zum Thema Migration hier ein netter Text ... weil Merkel meint, die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert ... so einfach ist es eben nicht:

"Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor - seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie 'ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons (...) - das alles hat am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt - und - und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven (...) Es waren die Besten, mein Lieber! Die Besten der Welt! Und warum? Weil sich die Völker dort vermischt haben. Vom Rhein - das heißt vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse. Seien Sie stolz darauf, Hartmann - und hängen Sie die Papiere Ihrer Großmutter in den Abtritt [= Klo; Red.]. Prost."

So möchte ich meine Mail mit einem Auszug aus Carl Zuckmayers "Des Teufels General" schließen, wobei ich im mündlichen Vortrag "Hartmann" durch Merkel ersetze...

> Lothar Binding MdB Heidelberg

(L)eserpost III

(Briefwechsel zwischen Schwiegermutter und -tochter; mit beider Zustimmung veröffentlicht)

Hallo Antje, trotz vieler Infos und vieler Diskussionen weiß ich immer noch nicht, wofür ich mich entscheiden soll. Die Stimmen gegen S21 verdichten sich aber zunehmend - was mich aber erschreckt, ist, dass dort inzwischen auch sogenannte Berufsdemonstranten auftreten.

Hallo, Klärle, hast recht, die Berufskrawalldemonstranten brauchen wir nicht, aber so viele sind da auch nicht dabei. Ich finde den Tiefbahnhof und die Stadtplanung in Stuttgart übrigens wunderschön, denke aber, dass wir im Moment im Land viel zu viele Probleme zu lösen und viel zu wenig Geld dafür haben. (Zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung). Solange die Bahn es nicht schafft, z. B.

zwischen Basel und Ulm mal eine Woche lang ohne Verspätung zu fahren, die Züge im Land teilweise fast auseinanderfallen und die Preise für Pendler schon wieder erhöht werden, brauchen wir kein Mappus-Gedächtnis-Protzprojekt. Und solange hoffe ich auf Bürgerprotest und eine Untersuchungskommission, dass die, die den Angriff auf Rentner und Kinder befohlen haben, hinter Gitter gehen.

Antje Dorner Weingarten/Württ. Klärle Dorner Griesingen

(L)eserpost IV

Herzlichen Dank für die Zusendung Eures interessanten Magazins. Besonders die Gedanken zur Zuwanderung der Griechen in Ehingen haben mir sehr gefallen. Auch bei uns in Künzelsau haben sich ja Griechen niedergelassen und haben sich hervorragend integriert.

Respekt auch für Eure Aktualität, besonders, was den Landesparteitag angeht.

Herzliche Grüße

Wolfgang Ellsässer Künzelsau

(L)eserpost V

Euer "Rotes Füchsle" wird immer besser, dazu Glückwunsch und Dank.

Fritz Glauninger



Schneller durch die Alpen

Schweizer Vorbild beim St.-Gotthard-Tunnel

Willy Bernhard

Der Autor ist Redaktionsmitglied beim Roten Seehas;
wir drucken seinen Beitrag mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion.

Herzlichen Glückwunsch an die Schweizer Eidgenossen! Nicht nur, dass sie mit dem längsten Tunnel der Welt am St.-Gotthard-Massiv einen neuen Rekord aufgestellt haben. Die Schweiz war auch im Jahr 1998 mit ihrem erfolgreichen Votum in einer Volksabstimmung dem Rest Europas, vor allem den Verkehrsministern der EU-Länder, weit voraus: Der Schwerverkehr muss weg von den Straßen!

Toch immer belastet der europäische Güterverkehr durch die Alpen vor allem die Straßen und verdoppelt sich alle acht Jahre. Wenn der Gotthard-Eisenbahn-Tunnel fertiggestellt sein wird, steigert sich das Aufkommen von 110 Güterzügen täglich auf dann 220 Züge! Die Anwohner in den Schweizer Tälern werden dann von den jetzt noch 1,2 Millionen Lastwagen jährlich entlastet. Dank der neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) steigt die Kapazität des alpenquerenden Güterverkehrs von jetzt rund 20 Millionen auf 50 Millionen Tonnen. Auch der Reiseverkehr von Basel nach Mailand verkürzt sich dramatisch.

Bis ist nur zu hoffen, dass Österreich und Italien sich schnell einig werden, damit das ähnlich große Projekt des Brenner-Basistunnels (Länge 55 km) in den kommenden Jahren gebaut werden kann. Auch die Deutsche Bahn AG und die Region am Oberrhein sollten dem dringend benötigten Ausbau der Rheintalbahn als einer wichtigen Bahn-Zuführungstrasse für den NEAT-Güterverkehr keine weiteren Steine in den Weg legen.

In vier erfolgreichen Volksabstimmungen haben die zuständigen Politiker — einer davon ist der Züricher Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) — die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mitgenommen und sie überzeugt von dem 30-Milliarden-Franken-Projekt für den Gotthard-Tunnel und die NEAT:

- 27. September 1992: Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT)
- 20. Februar 1994: Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr (Alpenitiative)
- 20. Februar 1994: Einführung einer leistungs- und verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA
- 29. November 1998: Bau und Finanzierung vonInfrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs FINÖV

oritz Leuenberger: "Mit diesem Tunnel am St. Gotthard bauen wir mit an den künftigen Infrastruk-

turen Europas und beweisen es so: Wir gestalten unseren Kontinent mit, solidarisch und nachhaltig, indem wir die Verlagerung von der Straße auf die Schiene vorantreiben". So sprach Moritz Leuenberger, Schweizer Verkehrsminister bei der Feierstunde anlässlich des Durchstichs am St.-Gotthard-Tunnel am 15. Oktober 2010

brigens: An diesem Tunnelbau waren und sind Mineure und Geologen aus Portugal, der Schweiz, aus Deutschland und Österreich. aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Italien, sogar aus Südafrika beteiligt. Beispielhaft ist an dem Projekt außerdem, dass in den Gemeinden rings um den St. Gotthard mustergültige Initiativen zum Ausbau des Umweltschutzes geplant sind. Das durchbohrte Gotthard-Massiv setzt in seinem Innern heißes Wasser frei, 64 Liter pro Sekunde. Dieses Wasser wollen die Bürgerinnen und Bürger in der Tessiner Gemeinde Bodio nutzen, um künftig ihr Dorf ökologisch verantwortbar zu heizen. "Wir schmei-



ßen unsere Ölheizungen hinaus und ersetzen sie durch thermische Pumpen, bis in 7 Jahren ist es so weit!" ist Marco Costi, der Gemeindeamann [Bürgermeister], überzeugt.

it dem Projekt "Parc Adula" soll im Grenzbereich der Kantone Tessin und Graubünden ein zweiter Nationalpark in der Schweiz mit einer Fläche von tausend Quadratkilometern entstehen.

1twas merkwürdig, wenn nicht heuchlerisch, ist die Reaktion der EU-Verkehrsminister/-innen. Sie rühmen den "Zukunftsblick eines ganzen Volkes und seiner Regierung", so jedenfalls Etienne

Schouppe, amtierender belgischer EU-Ratspräsident. Es sei ein Beispiel für den Kampf gegen die Erderwärmung und für den Schutz der Umwelt. Und die EU-Kommission vergisst ebenfalls nicht, "der Schweiz für ihre herausragenden Bemühungen in politischer und finanzieller Hinsicht zu gratulieren". so Siim Kallas, der Vizepräsident der EU-Kommission.

n den Verhandlungen um die bilateralen Abkommen mit der Schweiz haben die EU'ler (hingegen) wenig Verständnis für die Ansinnen der Eidgenossen gehabt. "Vorfahrt für die Straßenspediteure!" hieß die Parole, die jetzt noch grotesker daher kommt durch die Zulassung von 60-Tonnern. Weder hat sich die EU an den Kosten der NEAT beteiligt noch kommen die Nachbarländer der Schweiz im Norden und im Süden nach mit den Zubringergleisen und den Laderampen für den Bahncargo.

ei ihrem Treffen Mitte Oktober in Luxemburg haben die EU-Verkehrsminister die Einführung einer LKW-Vignette in den EU-Ländern beschlossen, die aber für die Mitgliedsländer nicht verpflichtend ist. Na toll! ■

Abb.: Tief unter den Alpen im Bereich des Oberalppasses und der Rheinquelle verläuft der neue Sankt-Gotthard-Tunnel.

Fotos: Ludwig Dorner



in Passant ist gestolpert und auf den Rücken gefallen. Angela Merkel kommt zufällig vorbei, hilft dem Ärmsten auf die Beine und scherzt: "Dafür müssen Sie aber bei der nächsten Wahl die CDU wählen!" "Aber Frau Merkel", meint der Passant,

"ich bin auf den Rücken gefallen und nicht auf den Kopf!"

ommt eine schwangere Frau zum Bäcker und sagt: "Ich bekomme ein Zwei-Pfund-Roggenbrot." Der Bäcker: "Sachen gibt's ..."

aben Sie in Norwegen auch die Fjorde gesehen? – Und ob - obwohl die ja sowas von scheu sind ..."

ögen Sie Rembrandt? — Ja, ein kleines Gläschen kann nie schaden.











Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

 $www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf$

Widerstand gegen vollständige Harmonisierung des europäischen Verbraucherschutzes

"Eine Abschwächung des geltenden Verbraucherrechts? Nicht mit uns!"

Die Beratungen zum umstrittenen Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Parlament über die Rechte der Verbraucher sind im vollen Gange. Derzeit läuft die Frist für Änderungsanträge zur Richtlinie aus. Die sozialdemokratische Fraktion steht geschlossen zu ihrem Vorschlag, für die Verbraucherrechte-Richtlinie das Prinzip der Mindestharmonisierung zu fordern.

Evelyne Gebhardt, Koordinatorin des Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschusses, bekräftigt: "Eine Vollharmonisierung wie sie die Europäische Kommission vorschlägt, aber auch der Entwurf des konservativen Berichterstatters, der eine gezielte Harmonisierung vorsieht, ist im Verbraucherrecht nicht sinnvoll. Beides würde erheblichen Schaden anrichten. Die tatsächliche Tragweite der Verschlechterungen für den Verbraucherschutz ist kaum abzuschätzen."

Die SPD-Abgeordnete könne es daher nicht verantworten, dass den Mitgliedstaaten Regelungskompetenzen entzogen werden und damit weiterreichende Verbraucherschutzregeln in den Mitgliedstaaten sogar gesenkt werden müssten. Die Parlamentarierin ergänzt: "Auch in Deutschland müssten die Bürger und Bürgerinnen auf viele ihrer

schwer erkämpften Verbraucherrechte verzichten." Evelyne Gebhardt betont in diesem Zusammenhang: "Nicht mit uns."

"Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbraucherschutzorganisationen, die Möglichkeit lassen, schnell und unkompliziert auf neu aufkommende Probleme zu reagieren. Der europäische Binnenmarkt muss flexibel bleiben", so Evelyne Gebhardt. "In den kommenden Verhandlungen werde ich genau darauf achten, dass es den Konservativen nicht gelingt den Verbraucherschutz durch ihre Änderungsvorschläge aufzuweichen und mich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Verbraucher und Verbraucherinnen Europas von dieser Richtlinie profitieren."

Hintergrund:

Die neue Verbraucherrechte-Richtlinie soll die

bisherigen Richtlinien zu Haustürgeschäften, Vertragsklauseln, Fernabsatz und Verbrauchsgüterkauf zusammenfassen und die derzeitigen unterschiedlichen Regelungen der Mitgliedsstaaten im Verbraucherrecht reformieren. Die Abstimmung im Binnenmarktausschuss ist für Anfang Dezember dieses Jahres angesetzt.

Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt +32 2 28 47466 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM).

Evelyne Gebhardt, MdEP Europabüro Keltergasse 47 74653 Künzelsau

Tel.: 0 79 40 - 5 91 22 Fax: 0 79 40 - 5 91 44

www.evelyne-gebhardt-fuer-europa.eu

Fortsetzung von Seite 3 (PID)

Verbot der PID unnötiges Leiden erlaubt.

- PID bleibt Ausnahmeuntersuchung: PID werde nur nach einer künstlichen Befruchtung durchgeführt. Die Annahme, PID könne in Zukunft in großem Umfang eingesetzt werden, um beispielsweise "optimalen" Nachwuchs zu bekommen oder vererbbare Krankheiten auszurotten (Eugenik), halten Befürworter der PID für übertrieben.
- Ein Verbot verdrängt die Behandlungen lediglich ins Ausland: Auch wenn die PID in Deutschland verboten sei, stehe es dem Kinderwunschpaar frei, eine PID im Ausland durchführen zu lassen. So gebe es in Nachbarländern inzwischen Kinderwunschkliniken, die sich durch deutschsprachige Webseiten explizit10 an Kinderwunschpaare aus Deutschland

richteten. Dass der sogenannte PID-Tourismus durch das deutsche PID-Verbot tatsächlich zugenommen habe, sei wissenschaftlich belegt. Folge hiervon sei u. a., dass der deutsche Gesetzgeber z. B. in Hinblick auf Qualitätsstandards und das Ausmaß der Untersuchungen keinen Gestaltungsspielraum habe. Für die betroffenen Paare entstünden durch den PID-Tourismus zudem erhebliche Kosten, die von deutschen Krankenkassen nicht übernommen werden müssten.

Im Juli 2010 sprach der Bundesgerichtshof (fünfter Strafsenat) einen Arzt frei, der Eltern durch Gendiagnostik zu gesunden Kindern verhalf und sich im Januar 2006 selbst angezeigt hatte. Das Urteil kritisierten der Augsburger Weihbischof Anton Losinger und der Freiburger Moraltheologe Eberhard Schockenhoff. Sie sind beide

Mitglied im Deutschen Ethikrat. Dagegen erklärte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, bei der begründeten Gefahr einer Weitergabe von schwersten Erbkrankheiten sei er für die Zulassung der PID.

In einem parteiinternen Positionspapier befürwortet die FDP-Politikerin Ulrike Flach 2010 die Präimplantationsdiagnostik zur Vermeidung schwerer Erbkrankheiten. Ähnliche Positionen wie die FDP vertreten die Mehrheiten der SPDund der Linkspartei-Bundestagsabgeordneten sowie einige Abgeordnete der Grünen. Demgegenüber treten mehrheitlich Abgeordnete von CDU/CSU für ein generelles Verbot der Präimplantationsdiagnostik ein.

Siehe auch Seite 22! ■

Begriffserläuterungen

- (1) zytologisch: die Zytologie betreffend (Wissenschaft vom Aufbau und von der Funktion der Zelle)
- (2) molekulargenetisch: die Molekulargenetik betreffend: Teilgebiet der Genetik u. der Molekularbiologie, das sich mit den Zusammenhängen zwischen der Vererbung u. den chemisch-physikalischen Eigenschaften der Gene beschäftigt
- (3) in-vitro-Fertilisation: (künstliche Befruchtung außerhalb des Körpers;

also im Reagenzglas)

- (4) Embryo: im Anfangsstadium der Entwicklung befindlicher Keim; in der Keimentwicklung befindlicher Organismus, beim Menschen die Leibesfrucht von der vierten Schwangerschaftswoche bis zum Ende des vierten Schwangerschaftsmonats (oft auch gleichbedeutend mit Fetus gebraucht).
- (5) Chromosomen: in jedem Zellkern in artspezifischer Anzahl u. Gestalt vorhandenes, das Erbgut eines Lebewesens tragendes, fadenförmiges Gebilde, Kernschleife
- (6) Implantation: Einpflanzung von Gewebe (z. B. Haut), Organteilen (z.

- B. Zähnen) od. sonstigen Substanzen in den Körper; Organeinpflanzung
- (7) Genom: Gesamtheit des genetischen Materials einer Zelle od. eines Individuums
- (8) Aberrationen: (Med.) Lage- od. Entwicklungsanomalie (von Organen od. Gewebe
- (9) letal: zum Tode führend, tödlich, todbringend
- (10) explizit: ausdrücklich, deutlich
- Quelle: Duden Das Fremdwörterbuch, 9. Aufl. Mannheim 2007 [CD-ROM]) ■

Allen Leserinnen und Lesern des Roten Füchsles frohe Weihnachten! Vorstand und Redaktion





Damals im Dezember

Gerhard Tessin

Vor 100 Jahren (1910): Bevölkerungszuwachs

Das Ergebnis der Volkszählung im Reich wurde bekannt gegeben: Danach hatte Deutschland 64926000 Einwohner. Gegenüber der letzten Volkszählung im Jahr 1905 bedeutete dies einen Zuwachs von 4284500. Festgestellt wurde auch, dass es mehr Frauen als Männer gab, und zwar 837101.

Der Wohnungsbau jedoch hielt mit dem Bevölkerungswachstum nicht mit. Es entstanden mehr Bürgerhäuser als Arbeiterwohnraum. Seit Beginn der Industrialisierung Mitte des vorigen Jahrhunderts zog es die Landbevölkerung in die Großstädte, um in den dort entstandenen Fabriken Arbeit zu finden*. Es entstanden bis zu sechsstöckige Mietshäuser mit mehreren Hinterhofkasernen. Hier waren die kinderreichen Arbeiterfamilien in Ein- oder Zwei-Zimmerwohnungen zusammengepfercht. Bei steigenden Mieten reichte der Lohn kaum zum Leben. So wurden vielfach Schlafburschen- und Mädchen (die sich je nach Arbeitsschicht eine Schlafstätte teilten) und Kostgänger aufgenommen. Die Wohnverhältnisse in diesen Massenunterkünften waren katastrophal. Ansteckende Krankheiten wie die

Schwindsucht (Tuberkulose) senkten die Lebenserwartung in diesen Elendsvierteln, wo es nur wenige Ärzte gab. Statistisch kam zwar auf 2 000 Einwohner ein Arzt. Doch die Mehrzahl der Mediziner hatten sich in den "feineren" Vierteln niedergelassen.

Anders als die Arbeiterklasse verfügten Oberschicht und Bürgertum auch in Groß-städten über ausreichenden Wohnraum. Mittel- und vor allem Oberschicht besaßen in der Regel Häuser oder Wohnungen mit mehr Räumen, als sie nutzen konnten. Ihr Dienstpersonal jedoch musste meist in Vorratskammern oder Verschlägen auf dem Dachboden schlafen.

*Am Beispiel Berlin wird die Entwicklung deutlich. Die Stadt hatte um 1800 etwa 200 000 Einwohner. 1871, als Hauptstadt des Deutschen Kaiserreichs schon 823 000, 1914 bereits 1,9 Millionen. Nach der Schaffung von Groß-Berlin 1920 durch Eingemeindung von Vororten- und städten war die Stadt mit 4 Millionen Einwohnern die größte auf dem Kontinent.

Zum Vergleich: In dem Gebiet, das 1871 das Deutsche Reich umfasste, stieg die Bevölkerungszahl von 1800 bis 1850 von 25 Millionen auf 35,4 Millionen. Im Jahre 1900 waren es dann 56,4 Millionen.

Vor 90 Jahren (1920): Karl Legien gestorben

Am 16.12. starb in Berlin der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien. Der am 1.12.1861 in Marienburg (Westpreußen) als Sohn eines Steueraufsehers geborene Legien wuchs in einem Waisenhaus in Thorn auf. Nach Drechslerlehre. Wanderzeit und Militärdienst schloss er sich 1885 in Frankfurt der Sozialdemokratie an und bald darauf dem Fachverein Drechsler. Hier arbeitete er aktiv mit. Auf seine Initiative wurde die Vereinigung der Drechsler Deutschlands gegründet. Legien fiel durch sein außergewöhnliches Organisationstalent auf. 1890 übernahm er die Leitung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Dachverband der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die damals etwa 200000 Mitglieder hatten. Von 1903 bis 1918 war er für die SPD Mitglied des Reichstages. 1913 wurde er Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Jahre zuvor erkämpfte er gegen August Bebel die Gleichberechtigung der Gewerkschaften* mit der Partei. Im "Mannheimer Abkommen" wurde festgelegt, dass die Parteiführung ohne Zustimmung der Gewerkschaften keine Massenstreiks ausrufen dürfe. Für die vor Kriegsende aufkommende Rätebewegung hatte er kein

Verständnis. Kurz nach Kriegsende schloss er mit dem Vertreter der Unternehmer, Hugo Stinnes, ein Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG), in dem die Existenz und Funktion der Gewerkschaften, das Tarifvertragsprinzip und der 8-Stundentag verankert wurde. Das Abkommen wurde von links zunehmend kritisiert und von Arbeitgeberseite ausgehöhlt. Am 5.7.1919 wurde Karl Legien zum Vorsitzenden des eben gegründeten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt. Er hatte entscheidenden Anteil am Scheitern des Kapp-Putsches, als er den Massenstreik (13.3.1920) gegen die republikfeindliche Aktion der Rechtsextremisten proklamierte. Legien war danach als Nachfolger für den zurückgetretenen Reichskanzler Bauer (SPD) im Gespräch. Das Vorhaben scheiterte aber vor allem am Widerstand des linken USPD-Flügels.

* Innerhalb der Arbeiterschaft gab es ebenfalls weltanschauliche und politische Gegensätze, weshalb sich auch keine Einheitsgewerkschaft bilden konnte. Die verschiedenen Gewerkschaften hielten mehr oder weniger lockere Verbindung zu den ihnen nahe stehenden Parteien. Der Großteil der Arbeiterschaft sah

die Sozialdemokraten als ihre Interessenvertreter an. Die zum Ende des 19. Jh. erstarkte Gewerkschaftsbewegung beklagte aber eine gewisse dogmatische Erstarrung bei der Partei. Sie fühlte sich nicht angemessen beteiligt und forderte eine an der Gewerkschaftsstrategie orientierte Reformpolitik. Darüber gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Karl Legien und dem Parteivorsitzenden August Bebel. Der ADGB proklamierte bei seiner Gründung die parteipolitische Neutralität.

Vor 40 Jahren (1970): Willy Brandt in Warschau

Was in Polen und in der übrigen Welt verstanden wurde, nahmen ihm zu Hause viele übel: Es war Willy Brandt ein Anliegen, vor dem Mahnmahl der Opfer des Ghettoaufstandes in Warschau niederzuknien (7.12.). Ein Zeitzeuge beschrieb die Geste "Hier kniet einer nieder, der es nicht nötig hat, um Vergebung zu bitten für diejenigen, die es nötig hätten" (sinngemäß zi-

Anlass für den Besuch des Bundeskanzlers in Warschau war der nächste Akt der Ostverträge*, nämlich die Unterzeichnung eines Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der

Volksrepublik Polen. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen, die Außenminister Scheel auf deutscher Seite abschloss. Der Inhalt des Vertragswerks wurde am 20.11. in beiden Hauptstädten veröffentlicht. Was in der Bundesrepublik wieder den Unmut derer auslöste, die Brandts Ostpolitik von Anfang an bekämpften, also Union, Vertriebenenverbände und rechte Organisationen.

In dem Vertrag wurde die Oder-Neiße-Linie als westliche Staatsgrenze Polens anerkannt und deren Unverletzlichkeit bekräftigt. Ferner verpflichteten sich beide Partner gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Auf Gebietsansprüche wurde verzichtet. Brandts Gegner im eigenen Land bezichtigten ihn des "Verzichts" und des "Verrats" (das waren noch die harmloseren Parolen). Dass nichts aufgegeben wurde, was nicht schon längst verloren war, wollten sie nicht gelten lassen.

* Sammelbezeichnung für die Vertragswerke zwischen der BR Deutschland und der UdSSR (Gewaltverzichtsvertrag vom 12.8.70) bzw. VR Polen (Grundlagenvertrag vom 7.12.70). Die Ostverträge wurden vom Bundestag am 17.5.72 ratifiziert, wobei die CDU/CSU-Opposition nicht über ihren Schatten springen wollte und sich der Stimme enthielt. Hinzu kam der Vertrag mit der CSSR vom 11.12.73.

Lehrer fragt Fritzle: "Wie hat England die Deutschen 1945 besiegt?" Fritzle: "1:0, Herr Lehrer!"

m Unterricht erklärt die Lehrerin: "Es gibt Geschöpfe, bei denen die Sinne

m Geschichtsunterricht. Der stärker entwickelt sind als beim Menschen. Wer kann mir zum Beispiel ein Tier nennen, das besser sieht als der Mensch?

"Der Adler", weiß Hansi.

"Richtig, und was riecht besser als der Mensch?" ist die nächste Frage der Lehrerin. Das glaubt Fritzle zu wissen: "Parfüm, Frau Lehrerin."





Klara Dorner

Notizen aus der Kreistagsarbeit

Umweltbericht 2010 des Alb-Donau-Kreises (ADK)

Umweltbericht 2010, nur eine Information oder eine Basis zur Entwicklung von nachhaltigen Veränderungsvorschlägen?

Der aktuelle Bericht ist eine liebevoll gestaltete und aufwendig recherchierte Fleißarbeit verschiedener Fachdienste. Er umfasst mehr als 140 Seiten und stellt die Fortschreibung des Berichts aus dem Jahre 1997 dar. Alle Fraktionen hatten genügend Zeit, um den Bericht auch innerhalb ihrer Parteien zu diskutieren und zu würdigen. Unsere SPD-Kreistagsfraktion befasste sich damit in mehreren Sitzungen.

Der Bericht umfasst die Bereiche Natur und Landschaft, Boden, Wasser, Klima und Energie, Luft, Lärm, Abfall sowie Umweltbildung und -pädagogik.

Wir nahmen uns im Kreistag sehr viel Zeit, die einzelnen Stellungnahmen anzuhören und zu diskutieren. Die Schwerpunkte der Veränderungswünsche bzw. Vorschläge sind übrigens zwischen den Grünen und der SPD sehr ähnlich. Ich werde deshalb hier die SPD-Würdigung als Grundlage nehmen und ggf. die Anträge der anderen Fraktionen ergänzend hinzufügen.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Das Ziel eines reduzierten Flächenverbrauches in den Gemeinden unterstützen wir. Bei der Umsetzung dieses Zieles ergeben sich aber vor Ort immer wieder Schwierigkeiten, weil Eigentumsverhältnisse der Umsetzung entgegen stehen. Welche Möglichkeiten sieht hier die Landkreisverwaltung, um eine Verbesserung zu bewirken?

Die CDU fordert eine Begleitung der Kommunen beim Strukturwandel und die Unterstützung bei vor Ort entwickelten Konzepten.

Die Grünen fordern einen runden Tisch mit dem Ziel, einen Landschaftserhaltungsverband zu gründen.

Geothermie

Informationsquellen gibt es für interessierte Gemeinden und/oder Bürger:

- http://www1.lgrb.uni-freiburg.de/isong/application/index.php?action=GoToStartMap
- Manuela Severin
 Hochwasser- und Grundwasser/ Energie/Regionalverband Donau-Iller
 Telefon +49 (0)731-17608-18
 Fax +49 (0)731-1608-33
 mail: manuela.severin@rvdi.de
 Internet: www.rvdi.de

Lärmbelästigung durch Straßenverkehr

Die Hauptkomponenten der Belastung sind Lärm und Feinstaub. Lärm an Straßen wird zum einen von der Fahrzeugdichte und der Art der Fahrzeuge, aber auch durch die gefahrene Geschwindigkeit bestimmt. Leider werden angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht eingehalten. Die Kontrolle durch stationäre Anlagen sollte darum an besonders belasteten Straßen ausgebaut werden.

Windkraft

Dem inzwischen auch im Wirtschaftministerium in Baden-Württemberg angekommenen Umdenken in Bezug auf Windkraft stehen die derzeit noch sehr restriktiven Planvorgaben des Regionalverbandes Donau-Iller konträr entgegen. Deshalb setzen wir von der SPD uns dafür ein, dass der Regionalverband im Lichte der neueren Entwicklung zur Überarbeitung der Vorgaben im Sinne des Wirtschaftsministeriums aufgefordert wird.

Die Grünen fordern hier auch eine Fortschreibung. Die CDU fordert ein Energiemanagement, das sowohl die baurechtliche Gewährleistung von Windkraftanlagen auf privilegierten Standorten wie eine Waldaufforstung wegen der nachwachsenden Rohstoffe sowie ein Audit zur Bilanz von alternativen Energien im ADK umfasst.

Belastung durch Stickoxide und andere schädliche Stoffe in der Luft

In der Nähe von großen Emittenten sind Bürgerinnen und Bürger des Alb-Donau-Kreises





besonders durch Luftschadstoffe belastet. Hierzu gehört zum Beispiel die Region Achtal / Blautal. Nach unserem Wissensstand gibt es aber in diesen Bereichen keine entsprechenden Messstationen, mit denen ortsnahe, aussagekräftige Umweltdaten erhoben werden können. Wir beantragen daher, dass die Kreisverwaltung die momentane Situation darstellt und dem Kreistag Vorschläge zur Einrichtung solcher Messstationen vorlegt.

Biogasanlagen

Zur Gewinnung alternativer Energie werden vermehrt Biogasanlagen errichtet. Dies sehen wir, obwohl der Ausbau der Energiegewinnung mithilfe erneuerbarer Energien generell positiv zu beurteilen ist, als nicht ganz unproblematisch an. Insbesondere die Themen Verkehr, Monokultur von Mais (Boden schonende Fruchtfolge?) und Gefahren durch die Anlagen selbst sind nicht unkritisch. Damit nun nicht jede Gemeinde / Stadt eigene Regeln dazu erarbeiten muss, wäre es aus unserer Sicht geboten, dass der Landkreis als Hilfestellung für die Entscheidungen vor Ort diesbezügliche Mindeststandards festlegt.

Die Grünen fordern noch eine weitere Möglichkeit, Grüngut zu vergären.

Wasser

Die CDU brachte zwei Anträge zum Wassermanagement ein: Ausbau der Trennsysteme, Entsiegelung von Flächen, aber auch Hilfen bei Problemen durch die Biberpopulation.

Das deutliche Bekenntnis, dass Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben muss, auch dieser "Gesinnungswandel" klang wie Musik in unseren Ohren. Das war schließlich nicht immer so deutlich gesagt worden.

Zusammenfassend:

Es waren sich alle Fraktionen einig, es wurde schon viel getan, aber es muss noch mehr getan werden. Zielrichtung war: Schutz und Erhalt der Natur — und nicht in erster Linie Nutzung oder gar Ausbeutung. Die Freien Wähler gingen den Bericht ganz anders an - aber im Ergebnis kamen wir wieder zusammen: der vorliegende Bericht ist eine Zustandsbeschreibung, unsere politische Bewertung sollte in Handlungsempfehlungen münden, die dann durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen sollten.

Förderung der Kinder- und Schulsozialarbeit an Schulen durch den Kreis

Geschichte Teil I

Die SPD forderte seit bald 20 Jahren, dass Schulsozialarbeit ein Teil der Bildungsarbeit an den Schulen ist und daher originäre Aufgabe des Landes sei. Das lehnte die Landesregierung immer ab. Auf öffentlichen Druck willigte sie dann auf eine Anschubfinanzierung ein. Seit einigen Jahren hat sie sich sogar aus dieser Anschubfinanzierung wieder leise verabschiedet. Der Alltag zwang dann vor allem Kommunen mit teils schwierigen sozialen Verhältnissen in ihren Schuleinzugsgebieten auch unter starken finanziellen Opfern, die Schulsozialarbeit selbst weiter zu finanzieren.

Geschichte Teil II

Nach den tragischen Ereignissen von Winnenden brachten fünf Bürgermeister aus unserem Kreis am 30. März den Antrag ein, der Kreis möge sich doch mit einem Drittel an der Finanzierung von Schulsozialarbeit an größeren Schulzentren beteiligen. Es geschah augenscheinlich nichts. Aber eben nur augenscheinlich.

Geschichte Teil III

Am 20. August 2010 stellte die CDU-Fraktion ihrerseits fest, dass Schulsozialarbeit wertvoll und unverzichtbar sei. Da das Land bekanntermaßen diese Aufgabe den Schulträgern überlassen habe, müsse sich der ADK "intensiver darum bemühen und umgehend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen." Unterzeichner: Karl Traub, MdL. (Wie das?)

Geschichte Teil IV

So weit ich mich erinnern kann, wurde am 18.10. einstimmig die Drittelfinanzierung durch den Kreis beschlossen. Das ist erfreulich und wird von uns begrüßt.

Eine Frage muss dabei schon erlaubt sein: War es wirklich ein Gesinnungswandel bei der CDU oder hat man den fünf Bürgermeistern und uns damit klar zeigen wollen, wer hier die Macht im Haus hat?

Hätte nicht der Antrag vom 30. März (s. Teil II) genügt? Oder hatte diesmal die CDU-Spitze das Pech, dass der Antrag an die Öffentlichkeit kam, bevor der CDU-Vorsitzende es erfuhr und er nicht noch schnell die Sache zu einer CDU-eigenen Angelegenheit machen konnte? Ich erinnere daran: bei der Einrichtung einer Energieagentur, die der Wunsch aller Frauen im Kreistag war, erfuhr die CDU-Führungsspitze rechtzeitig (wohl aus diesem Kreis) von diesem Ansinnen und brachte den Antrag schnell als den ihren ein. Nun ja, wenn's der Sache dient - aber es ist schon seltsam, dass manche Dinge erst dann gut sind oder sein dürfen, wenn es "die Richtigen" als ihre Sache fordern. Ich möchte nicht immer den Umweg über die Mehrheitspartei machen müssen. (K. Dorner)







Von Äpfeln und Gurken

Frau Evelyne Gebhardt MdEP

Liebe Evelyne und liebe Mitarbeiter/-innen in Künzelsau oder Brüssel; 's Rote Füchsle hat wieder einmal Fragen und bittet höflich um deren Beantwortung

(Frage 1) Der Obstbauer vom Bodensee geht im nahen Allgäustädtchen Wangen auf den Wochenmarkt. Er bietet zweierlei Arten von Äpfeln an: Die einen alle gleich groß, fleckenfrei - angeblich nach EU-Norm - zu entsprechend höherem Preis und daneben unterschiedlich kleine Äpfel, als "Kochäpfel" deklariert und zu einem ganz niedrigen Preis offeriert. Er dürfe diese anders nicht auf den Markt bringen. Seine Kundschaft schimpft ietzt wieder über die "blöde EU", dass die es verbiete, naturgewachsene Äpfel als Tafelobst verkaufen zu können.

Schimpfen die Leute (samt Obstbauer) zurecht oder ist alles in Wirklichkeit wieder einmal ganz anders?

ANTWORT:

Äpfel und Birnen sind in Deutschland seit dem 1.Juli 2009 von der Verpflichtung zur Einhaltung der speziellen Vermarktungsnormen, also etwa der Apfelgröße, befreit, wenn ihre Abgabe für den persönlichen Bedarf des Verbrauchers durch den Lebensmitteleinzelhandel und mit dem Zusatz "zur Verarbeitung bestimmt" oder einer synonymen Bezeichnung erfolgt, um sie von den Erzeugnissen der Güteklassen Extra, I und II zu unterscheiden.

Das ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung, denn die Verbraucher sollen meiner Ansicht nach selbst entscheiden, ob sie lieber genormtes oder doch auch nicht perfekt geformtes, dafür aber unter Umständen schmackhafteres Obst und Gemüse kaufen wollen.

's Rote Füchsle meint: Der Bauer erlöst für seine "Kochäpfel" schandbar wenig. Das ist auf Dauer auch nicht im Sinne des Verbrauchers!

(Frage 2) Aufgeklärte Verbraucher glauben zu wissen, dass es die Konservenindustrie war, die durchsetzte, dass Gurken einigermaßen gerade gewachsen sein müssen, um marktgerecht zu sein. Die Frage an die EU lautet: Warum knickt die EU vor der Konserven-Lobby ein und folgt deren Wünschen und Vorstellungen?

Oder stimmt das alles nicht und ist wieder einmal ganz anders?

ANTWORT:

Im Jahre 1988 hat die Europäische Gemeinschaft eine Verordnung erlassen, die Gurken anhand verschiedener Merkmale in unterschiedliche Güteklassen einteilte. Die Verordnung trug den unscheinbaren Namen "Verordnung Nr.1677/88/EWG zur Festsetzung von Qualifikationsnormen für Gurken" und legte unter anderem fest, dass eine Gurke, die der Handelsklasse "Extra" zugeordnet werden sollte, maximal eine Krümmung von 10 Millimetern auf 10 Zentimeter aufweisen sollte.

Diese Verordnung sollte so nach und nach fragwürdige Berühmtheit erlangen, war sie doch bald von allerlei Europakritikern, von schreibwütigen Reportern und gar von Kabarettisten entdeckt worden und stieg so zum Symbol für eine europäische Bürokratie und zügellosen Regulierungswahn auf. 2009 wurde auf Druck der öffentlichen Meinung und gegen die Widerstände, hauptsächlich der Gurken produzierenden Mitgliedsstaaten und anfänglich auch Deutschlands, die umstrittene Verordnung außer Kraft gesetzt.

Ein Sieg der Entbürokratisierung? Ein Triumph der Vernunft?

Tatsächlich war die Verordnung zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken damals aufgrund der Forderungen des Einzel- und Großhandels eingeführt worden. Denn die Gurken sollten möglichst kostensparend in Kartons verpackt, verschickt und verkauft werden. Dazu wollten die Händler aber wissen, dass sie nicht die Katze im Sack, sondern wie viel und welche Gurken sie da tatsächlich erwarben, ohne dabei die Kartons vorher öffnen zu müssen. Das funktioniert aber eben nur, wenn die Krümmung der Gurke normiert und auf rechtlich verbindliche Weise vorgeschrieben ist. Die Verordnung über die Qualitätsnormen von Gurken war also nicht so sinnlos, wie es auf den ersten Blick den Anschein hatte, sondern - im Gegenteil - eine höchst vernünftige Regelung, die das reibungslose Funktionieren des europäischen Binnenmarktes förderte.

Natürlich durften Gurken auch dann verkauft werden, wenn sie dem Krümmungsgrad nicht entsprachen, nur eben nicht als Gurken der Handelsklasse "Extra", sondern als Gurken der Handelsklassen I-III.

Übrigens: Obwohl die Verordnung inzwischen außer Kraft gesetzt wurde, haben die wichtigsten Gemüsegroßhändler die Regelung als interne Norm beibehalten. Geändert hat sich in der Praxis deshalb gar nicht so viel.

Wir danken Marc Lemanczyk vom Brüsseler Büro Evelyne Gebhardts herzlich für die Antworten. ■





Grundgesetz und Landesverfassung

S21 - eine verfassungsrechtliche Frage?

Tobias Leichtle

Ein Volksabstimmung, aber auch eine Volksbefragung zum Thema Stuttgart 21 wären verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Insbesondere, da die Entscheidung für den Bau von S 21 bereits sämtliche gesetzlichen Hürden genommen hat. Eine zu diesem Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht vorgesehene "neue" Hürde in Form der Volksabstimmung kann die verfassungsmäßige Ordnung auf lange Sicht empfindlich stören.

Unsere Demokratie ist eine parlamentarische Demokratie. Die Macht geht vom Volke aus. Dies geschieht dadurch, dass das Volk in allgemeinen, unmittelbaren, freien und gleichen Wahlen Volksvertreter wählt, welche das Volk in den Parlamenten vertreten. Das Volk wiederum ist an die Entscheidungen der gewählten Vertreter gebunden. Darin unterscheidet sich die parlamentarische Demokratie von der direkten Demokratie, welche auf plebiszitären¹ Elementen basiert.

Plebiszitäre Elemente, wie etwa ein Volksentscheid, sind auf Bundesebene grundsätzlich nur in zwei festgelegten Fällen (Art. 29 GG - Neugliederung des Bundesgebiets; Art. 146 GG - Einführung einer neuen Verfassung) vorgesehen. Diese Ausnahmen sind abschließend.

Auf der Landesebene Baden-Württembergs gilt grundsätzlich dasselbe. Ergänzend ist jedoch eine Gesetzgebung durch plebiszitäre Elemente möglich eine Volksabstimmung (Volksentscheid). Dieser muss ein Volksbegehren (Art. 59 LV BW, Art. 60 LV BW) vorausgehen. Das Volksbegehren muss von mindestens einem

¹plebiszitär: das Plebiszit betreffend, auf ihm beruhend — Plebiszit: Volksbeschluss, Volksabstimmung; Volksbefragung (DUDEN)

des Landes gestellt werden. Ungeachtet dessen, dass Volksbegehren in Baden-Württemberg praktisch die absolute Ausnahme darstellen, liegen im Fall S21 die Voraussetzungen für ein Volksbegehren nicht vor. Außerdem ist durchaus fraglich, ob ein Volksbegehren im Fall S21 überhaupt inhaltlich möglich wäre.

Weitere plebiszitäre Elemente bzw. eine direkte Demokratie sind ganz bewusst in unserem System nicht vorgesehen. Dies gilt sowohl für die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (GG) als auch für die Landesverfassung BW.

Selbst eine Volksbefragung, die das jeweilige Parlament nicht unmittelbar binden würde, ist laut Bundesverfassungsgericht grundsätzlich nicht zulässig. Das Bundesverfassungsgericht begründet dies dadurch, dass eine Volksbefragung das Parlament faktisch bindet, — dies wiederum ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Die parlamentarische Demokratie ist ganz bewusst aufgrund der deutschen Historie installiert worden und hat sich über Jahrzehnte hinweg bewährt.

Durch den gewollten Ausschluss plebiszitärer Elemente

Sechstel der Wahlberechtigten wird insbesondere verhindert, dass populistische und radikale politische Forderungen durch Minderheiten erzwungen werden können. Überschnelle, durch vermeintlichen Volkswillen erwirkte Beschlüsse werden durch das parlamentarische System weitestgehend ausgeschlossen.

> In unserer parlamentarischen Demokratie hat eine Volksabstimmung zu S21 zum jetzigen Zeitpunkt keine rechtliche Grundlage (nach herrschender Meinung der deutschen Verfassungsrechtler). Sie dennoch durchzuführen, wäre die Einführung einer neuen verfassungsrechtlich nicht vorgesehenen Entscheidungsinstanz. Dies stellt wiederum eine Übertretung der bestehenden Verfassungsgrundsätze dar, auf welche sich in Zukunft jede politische Couleur berufen könnte.

> Wenn uns die deutsche Geschichte eins gelehrt haben sollte, dann die unbedingte Beachtung der Grenzen unserer Verfassung. Das Grundgesetz und unsere Landesverfassung sind das starke Fundament unserer Gesellschaft. Dieses Fundament ist zu Recht nicht dafür vorgesehen, jederzeit beliebig ergänzt oder durch juristische Winkelzüge verbogen zu werden.



Georg Mangold: 60 Jahre jung und 30 Jahre Stadtrat

Ein persönliches Wort an einen Jubilar

Joachim Schmucker, stellv. Fraktionsvorsitzender

Herzlichen Glückwunsch, lieber Juri, zu deinem Jubiläum im Doppelpack: 60 Jahre jung und 30 Jahre Gemeinderat! Das halbe Leben bist du nun kommunalpolitisch aktiv. Und dabei ist die Parteiarbeit noch gar nicht mitgerechnet.

Du bist als Juso in den Gemeinderat gestartet. Genau genommen warst du mit 30 schon Alt-Juso. Aber deine Basis waren jugendpolitische Themen. Einen Namen hast du dir in Ehingen im Stadtjugendring erarbeitet. Jetzt beschäftigst du dich mit demographischem Wandel im ländlichen Raum. Tja, auch an den Themen bemerkt man den eigenen Wandel.

Nach OB Henger und OB Krieger wirst du demnächst den dritten Ratsvorsitzenden erleben. Aber nach allem, was wir von Alexander Baumann in seinem Wahlkampf gehört haben, werden dir Aufregungen wie in den letzten Jahren erspart bleiben. Auf dein Lebensalter bezogen ist das ja auch sehr rücksichtsvoll.

Spuren hat das alles kaum bei dir hinterlassen, zumindest keine äußerlichen. Die Kommunalpolitik hat dir weder Sorgenfalten bereitet noch sind dir graue Haare gewachsen. Im Gegenteil. Du bist streitbar, provozierst auch gerne einmal, aber du kannst dabei nie den Schalk in dir verbergen. Und das Unveränderliche nimmst du mit viel Gelassenheit und Humor. Nicht, dass du dich nie ärgern würdest. Aber Ärger benebelt den Verstand. Und als

kleine Oppositionsfraktion ist es ratsamer, bei klarem Verstand zu streiten.

Du bist ein aufmerksamer Beobachter und ein wandelndes Archiv. Zu jedem Thema ziehst du die passenden Zeitungsartikel aus der Tasche und zitierst, was wer vor x Jahren gesagt hat. Und ich bin Jahr für Jahr erstaunt, an was du dich alles erinnerst, wenn du die Haushaltsrede vorbereitest.

Was ist dein Geheimnis dafür, dass du nach 30 Jahren noch immer Spaß an der Kommunalpolitik hast? Vielleicht liegt es daran, dass du trotz gelegentlicher Emotionalität letztendlich zu allem eine gewisse Distanz bewahrst. Du gehst die Kommunalpolitik so an, dass sie dir Genussmenschen nicht den Appetit verdirbt: keine Fraktionssitzung ohne Wurstsalat.

Ärger und Frust schluckst du jedenfalls nicht runter. Deshalb kann er sich auch nicht an unpassender Stelle nach oben drängen. Du lässt Ärger da, wo er entsteht. Das macht dich gelegentlich sperrig, aber du bleibst authentisch. Möglicherweise erklärt das auch deine Beliebtheit als Lehrer. Man kann mit dir keine fünf Minuten ruhig auf der Straße reden, ohne ständig unterbrochen zu werden: Tag Herr Mangold,

wie geht's? Du kennst von jedem, der dich anspricht, den Namen, und wenn 15 oder mehr Jahre seit dessen Schulzeit zurückliegen. Besonders auffällig: Gerade diejenigen, um deren gelungene oder nicht gelungene Integration derzeit heftig diskutiert wird, sprechen dich mit besonderer Herzlichkeit an.

Ich kann mich an eine Zeit erinnern, da hat mich der Lehrer in dir ziemlich genervt. Wir waren eine kleine, aber hoch aktive Juso-Zelle in Ehingen. Und eines Tages stellte uns Michael Guggemos einen zugezogenen Lehrer vor, der hatte Sprüche wie Karl Marx, einen Bart wie Karl Marx, und dann hieß der auch noch Juri (russisch für Georg)! Und weil er aus der Großstadt Neu-Ulm kam, meinte er wohl, er müsste uns Provinz-Jusos erst einmal erklären, wie Revolution geht. Es wurde dann doch eine produktive Åra: wir erkämpften das erste Jugendhaus in Ehingen, quasi selbstverwaltet in Regie des Stadtjugendrings.

Und heute macht es wieder Spaß, mit dir im Gemeinderat für eine gute Politik zu streiten!

Ich wünsche dir alles Gute, Gesundheit und weiterhin die Lust am Einmischen! ■



Tristand vor 10 Jahren im Roten Füchsle

Für Menschlichkeit und Toleranz

Der Ortsverein beschloss u.a.: "Wir stehen ein für ein menschlichess, weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur oder Hautfarbe. Wir verurteilen Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. ... Wir stehen zusammen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit. (...)"

Siehe Seite 16, 18, 19 u. 22 dieser Ausgabe!

Sind Spendenaufrufe manchmal für die Katz?

"Weniger als eine Handvoll Euro als Mitgliedsbeitrag im Monat reicht nicht aus." So klagen Gerhard Müller (Kassier) und Klärle Dorner (Ortsvereinsvorsitzende)

Wir gratulieren ...

... Ulrich Keßler, Öpfingen, zu seinem erfolgreichen künslerischen Schaffen.

"Leitkultur in Deutschland" oder "Multikulti"?

Ein Diskussionsbeitrag von Ludwig Dorner glaubt: "Wer so fragt, will wohl keine sachliche Diskussion."

Themen beim Dienstagstreff (Auswahl)

- Ortsumfahrung Berg
- verschieden hohe Kindergartengebühren im Stadtgebiet
- In der N\u00e4he von Schulen ... keine Spielhallen.
- Bundesweite Demonstrationen gegen Rechts
- Planungen zur Landtagswahl

Hallo, Schnarchsäcke - alle mal herhören

Hinter diesem drastischen Titel verbirgt sich ein Beitrag zu Ursachen und Folgen von Schlafapnoe (nicht nur ein Problem von Schnarchen und Sekundenschlaf).

(A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt — e = enthalten

Eve	elyne Gebhardt, MdEP							
1	Für einen besseren Mutterschutz	j						
2	Schaffung eines Europäischen Währungsfonds	j						
3	Herkunftskennzeichnung bei Importwaren aus Ländern außerhalb der EU	j						
Hil	Hilde Mattheis MdB							
1	Änderung des Atomgesetzes	n						
2	Haushaltbegleitgesetz 2011	n						
3	Jahressteuergestz 2010	n						
Martin Rivoir MdL								
1	Untersuchungsausschuss 30.9.2010	j						
2	Volksentscheid: S21-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm	n						
3	Beibehaltung unentgeltl. Beförderung im öff. Personennahverkehr für schwerbehinderte Menschen	j						
Klä	lrle Dorner, Kreisrätin							
1	Finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendsozialarbeit an größeren Schulen durch den Kreis	j						
2	Unterstützung von Schulträgern kleinerer Schulen durch stundenweise eingesetzte sozialpädag. Fachkräfte	j						
3	Übertragung der Aufgabe des Mülleinsammenls auf die Gemeinden für weitere 10 Jahre	j						

Gemeinderat Manfred Hucker teilte nach Redaktionsschluss mit, dass keine Sitzung im Befragungszeitraum stattgefunden habe. (Siehe auch S. 32.) ■

Peter Simon MdEP

[mailto:peter.simon@europarl.europa.eu]

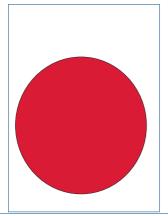
EU-Info MdEP Peter Simon:

"Nur intelligentes Sparen bringt nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze"

"Anbei eine aktuelle EU-Info von mir zum Thema "Wirtschafts- und Stabilitätspakt". Es würde mich sehr freuen, wenn Ihr sie auch an die Mitglieder Eures Ortsvereins weiterleiten würdet. ..."

Sie ging allen Mitgliedern zu, deren Mailadresse bekannt ist. Wer die Info noch möchte: bitte melden. ■





Der Diens-Tags-Treff



Protokoll vom 2. November 2010

Dieter Volgnandt

Ein Dienstagstreff ohne Frau Klara Dorner - undenkbar - doch geschehen, und ihre Stellvertreterin, die Kerstin, hat sie gut vertreten, auch wenn ihre Stimme hie und da noch etwas an Durchdringungskraft bedürfte, gegen uns Bierbässe, die immer dazwischen reden, meine ich. Aber gut, das war ihr Einstand und den hat sie souverän über den Schwert-Stammtisch der Genossen gezogen. Kompliment und Dank an Kerstin also.

Der Themen waren aber auch viele. Ich meine, besonders wenn man an den Dauerbrenner Stuttgart 21 denkt und daran, was sich unser hiesiger CDU-Stadtrat Löbliches dazu habe einfallen lassen. Wohlgemerkt, das steht im Konjunktiv, denn nichts Genaues wissen wir ja nicht. Außer dass sich über S21 sogar schon die Chinesen in China (ja wo denn sonst?) totlachen würden und die das schon längst durchgezogen hätten, (wahrscheinlich mit ihren Panzern einmal schwupp durch den Schlossgarten zum Bahnhof und dabei alles, was auf Drei nicht auf den Bäumen sitzt, plattgewalzt). Diese tief sitzende Erkenntnis wiederum haben wir aus der Schwäbischen, die es wiederum von den Chinafahrern hat, weil dort Ehingen eine noch größere Rolle spielt als Stuttgart. Klar, weil sie gut singen können und jetzt schon ganz toll chinesisch. Und vor allem, weil in Ehingen in die Höhe gebaut wird und keine dünnen Tunnel gebohrt werden sollen wie im Stadtrat. Deswegen wahrscheinlich wollte man in Ehingen Flagge pro S21 zeigen, wahrscheinlich damit der gute MP Mappus weiß, wo und wie die Heimatfront steht. Aber warum wir da in Ehingen Solidaradressen nach Stuttgart schicken sollen, wo doch, wie der Lateiner zu sagen pflegt, die Würfel längst gefallen sind, ist uns an diesem Abend auch nach langem Grübeln nicht klar geworden. Aber vielleicht wollen die Kollegen von der CDU einfach die Fraktion der Pro-21-Demonstranten verstärken, die sich seit einiger Zeit samstags auch am Schlossplatz tummeln. Dazu sagen wir Ehinger aber, da hem'mer aber überhaupt koi Zeit dafür. M'r hen nämlich no was andersch z' tua.

Und so lang des mit dem Direktanschluss nach Erbach net geschwätzt isch, scho glei gar net. Vielleicht sollten die von der Ehinger CDU einfach ein paar von den sich totlachenden Chinesen fragen, die könnten sich doch einfach dazustellen auf den Schloßplatz, den Platz des himmlischen Streits, und weil sie dazu erst einmal eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis bräuchten, wären wir schon bei unserem nächsten Thema angelangt: der Integrationsdebatte.

Das ist auch so ein Dauerbrenner, gegen den sogar S21 keine Chance haben dürfte. Zur Zeit brennt er wieder lichterloh für die Integration und die Migration, die letzterer natürlich vorausgehen muss, denn integriert werden kann natürlich nur derjenige, der hereindarf und dann da ist. Das haben wir schon seit Ende der 50er Jahre so in etwa, nur dass langsam bei manchen drei Erkenntnisse dämmern. Erstens, die Bundesrepublik war und ist ein Einwanderungsland. Zweitens, der Integrationsbedarf hat nichts mit der Religion zu tun und besteht inzwischen auch schon bei manchen Reindeutschen, nur dass man die im Notfall noch schlechter los wird als die nicht-integrierten Deutsch-Türken, Deutsch-Russen, Deutsch-Italiener, Albaner und so weiter und so fort. Drittens, die fortgesetzte Verneinung des Offensichtlichen (die Negation des Faktischen) und die damit einhergehende dauerhafte Verungastlichung unseres Landes durch gewisse rückwärts gewandte Kreise (sprich Seehoferkreis etc.) hat dazu geführt, dass wir paradoxerweise schon längst wieder ein Auswanderungsland sind. Ja, auch

wenn sie es nicht einsehen mögen, es ist so. Denn die Fähigen und Qualifizierten und sagen wir es doch ganz offen, die mit dem ge-

ringsten In-



Kerstin Hoffmann, die stv. Ortsvereinsvorsitzende, leitete die Sitzung. (Foto: LD)

tegrationsbedarf, verlassen unser Land, weil sie von ihren Fähigkeiten und Anlagen her überall leben können. Die haben die Schnauze voll von diesem Dauerthema und sie sind es leid, auch noch in der dritten und vierten Generation und in alle Ewigkeit als Türke, Kroate, Pole oder Russe mit der jeweiligen Schimpfwortvariante angésprochen zu werden. Ich spreche Unsinn? Na, dann fragen Sie mal meine Nachbarn, alles gestandene Häuslesbauer, deren Häuser, Gärten und Autos um einiges besser gepflegt sind, als ich und meine Frau das so hinkriegen. Rechts vor mir einer, dessen Eltern aus der Schwarzmeer-Region eingewandert sind, seine Frau aus Belgien, ihre Vorfahren ebenfalls aus der Türkei. Der würde am liebsten seine Koffer packen, weil er diese Integrationsdebatte nicht mehr hören kann. Links neben mir ein Ehepaar, beide Ingenieure bei Airbus-Diehl und Russlanddeutsche. Also wenn ich mich nur einmal im Kreis drehe, bin ich von Migration umzingelt, und alles absolute, waschechte deutsche Vorzeigeschwaben. Also ehrlich, ich kann es auch nicht mehr hören, diese Integrations-Einwanderungsland-Debatte. Schluss für heute.





Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchsle hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst? Gerne! Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de



Das war die Frage:

Wäre es eigentlich nicht allmählich an der Zeit und mehr als nur eine Frage des bloßen Anstands, bei öffentlichen Einweihungsfeiern (Schulen, kommunale Kindergärten, Straßen- und Brückenbauwerke, Schwimm- und Hallenbäder, Turnhallen, Sportplätze usw.) nebst den bisher "üblichen" evangelischen und katholischen Pfarrern auch einen islamischen Geistlichen beizuziehen und an der Einweihungszeremonie zu beteiligen?

üssten wir dann nicht auch die anderen Kirchen daran beteiligen? Jeweils rund 30 % der deutschen Bevölkerung bekennt sich zu der evangelischen Kirche und der römisch-katholischen Kirche. Seit Jahrhunderten in Deutschland sind ansässig die orthodoxen Christen und die Juden. Aufgrund von Migrationsbewegungen ist der Islam mit 3,9 % die drittgrößte religiöse Gruppe. Außerdem dürfen wir die missionarisch tätigen Zeugen Jehovas nicht vergessen. Allerdings gelten die Angaben zu den Muslimen als zu hoch, da nach empirischen Untersuchungen nur 20 % bis maximal 50 % der rund 3,2 Millionen Migranten, die als Muslime eingestuft werden, da sie aus einem "überwiegend muslimischen Land" stammen, als religiöse Muslime zu bezeichnen sind. In dieser Hinsicht würde sich die Zahl der Muslime auf mindestens 2% reduzieren.

Auch sollte man bedenken, dass in Istanbul der Deutschunterricht an Deutschen Schulen in den unteren Klassen verboten ist.

> Heidi Ankner Blaustein

Familie das Multi-Kulti.
Der Vater meines Sohnes ist Franzose. Das hört sich locker an, war vor 40 Jahren auch nicht einfach, da mein Vater in französischer Gefangenschaft war. Die Schwiegertochter ist Portugiesin, somit unsere Enkel richtige Europäer.

Unsere direkten Nachbarn sind liebenswerte Türken. Aber nichts destotrotz: man kann auch alles - und das ohne jede Not - auf die Spitze treiben und damit das Zusammenleben erschweren. Klares NEIN!

> Elisabeth Couvigny-Erb Blaustein

Bei aller Liebe und noch so liberaler Gesinnung finde ich dies nicht.

Dann könnten wir gleich die

Hinduisten, Buddhisten, Freimaurer, Anglikaner etc. mit einladen. Ich denke hier nicht global! Bei den genannten Bauten bzw. Festakten handelt es sich um innerdeutsche Angelegenheiten. Es sind Bauten für die Allgemeinheit und es gelten unsere deutschen Vorschriften.

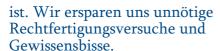
Andernorts werden wir als Deutsche doch auch nicht gefragt. Also sollten wir alles Erdenkliche unternehmen, um nicht noch Einmischungsund Mitbestimmungsbegehren in anderen Ländern zu schüren. Sollte es sich im Einzelfall um Mahnmale, Gedächtnisstätten oder ähnliches handeln, so haben auch hier nur die angesprochenen Gruppierungen etwas verloren. Der Rest darf gerne als Gast ohne offizielle Funktion erscheinen, sofern sie sich ruhig und der Sache angemessen verhalten.

Ich bin fest der Überzeugung, dass wir wesentlich ruhigeren Zeiten entgegengehen würden, wenn allen Menschen im In- und Ausland die gerade Linie in Deutschland bewusst

 $\rightarrow \rightarrow \rightarrow$

SPD





Jeder kann dies im Kleinformat nachempfinden. Bei Festen innerhalb der Familie lädt man auch die Personen ein, die man um sich haben möchte und die mit der Sache/Fest zu tun haben. Keiner käme auf Idee, Unbeteiligte bzw. Fremde einzuladen, nur weil der Nachbar andere Gruppierungen geladen hat.

Gottfried Dirmeier Ehingen

¬igentlich wäre es richtig und sicher auch der Integration zuträglich. Vielleicht wird es auch in Städten schon praktiziert, in denen der Bevölkerungsanteil, der der islamischen Religion angehört, viel größer ist.

Ich denke, das muss von Situtation zu Situation vor Ort entschieden werden. Es wäre ja auch denkbar, dass weitere religiöse Gemeinschaften in Frage kämen. Allerdings müsste da meiner Meinung nach noch ein wichtiger Gesichtspunkte geklärt sein. Wenn ich eine/n Vertreter/in/ der römisch-katholischen Kirche einlade oder einen Vertreter/-in der lutherischen Kirche, dann weiß ich, wie diese kirchlichen Gemeinschaften zu unserer Verfassung und zu unseren Grundrechten stehen.

Bei einem Vertreter des islamischen Glaubens weiß ich es nicht, weil es bis jetzt meines Wissens keine einheitliche Lehre gibt. Ich kenne Menschen islamischen Glaubens, die akzeptieren unsere Grundrechte und unsere Verfassung andere wieder legen den Koran vielleicht wörtlicher aus -

und leiten eine Moral davon ab, die unserem Menschenbild und unserer von der abendländischen Kultur geprägten Wertevorstellung nicht entspricht. Weiß ich, wenn ich einen Imam z. B. aus Ehingen einlade, welche Richtung er vertritt? Akzeptiert er das Grundgesetz und die europäische Grundrechtecharta? Setzt er sich dafür in seinem Umfeld auch aktiv ein? Bemüht er sich um Kenntnis der deutschen Sprache und hiesigen Kultur? Und welchen Imam lade ich ein - von welcher Moschee? Ich denke, allein diese Unsicherheiten zeigen, dass die Zeit noch nicht reif ist. Vielleicht wird es möglich, wenn wir die ersten in Deutschland ausgebildeten Imame haben. Da scheint uns diesbezüglich übrigens Österreich ein gehöriges Stück voraus zu sein.

Klärle Dorner Griesingen

rieso muss bei solchen Veranstaltungen überhaupt ein Geistlicher dabeisein!? Mir sind gute Architekten und Planer lieber als schlechte Pfarrer! Im übrigen sollten die dabei sein, die das Ganze bezahlen müssen, also das Volk, nicht die Hofschranzen, die sich nur ihre Bäuche und Kehlen füllen wollen.

Stefan Enderle Ehingen

m Grunde bin ich der Auffassung, dass Religion in unserem säkularen Staat reine Privatsache ist und auch als eine solche behandelt werden sollte. Dann würde sich die Frage vom Grundsatz her erübrigen bzw. die Geistlichen

würden als Honoratioren gleichgestellt mit allen ande-

Dann müsste man in entsprechend strukturierten Gemeinden / Kreisen auch Imame einladen, das gebieten Anstand und Höflichkeit.

Diesen Gedanken zu Ende geführt bedeutet das für mich, es müssen auch Kruzifixe und Religionsunterricht aus den Schulen verschwinden. Entsprechenden Unterricht hätten dann alle Religionsgemeinschaften außerhalb und eigenständig zu organisieren, finanziert durch Beiträge, die dann an die Stelle von Kirchensteuern rücken müssten.

Ich fürchte, an dieser Konsequenz haben noch einige Generationen zu arbeiten, die ganzen religiösen Termini müssten aus Verfassung und Gesetzen verschwinden, Ethik müsste als Unterrichtsfach [durchgängig; - Red.] eingeführt werden, u.a.m. Also gibt es von mir bei entsprechender Bevölkerungsstruktur ein klares JA zur Gleichbehandlung.

Karl-Heinz Irgang Blaubeuren

ine gute Frage. Auf Anhieb sage ich, aber sicherlich doch! Dann fange ich an nachzudenken bzw. "nachzufühlen".

Irgendwie bekomme ich beklemmende Gefühle bei dem Gedanken, auch islamische Geistliche dabei zu haben. Da merke ich bei mir, dass die Toleranz vielleicht doch nicht so weit geht, wie ich es eigentlich möchte.

Wenn das so ist, welche Gefühle haben Moslems bisher bei Einweihungen gehabt?

Also sollen wir die Imame einladen, sonst wird die

 $\rightarrow \rightarrow \rightarrow$



Spaltung in unserer Gesellschaft immer breiter – und das können wir uns nicht leisten. Mit dem Bundespräsidenten meine ich, Moslems sind ein Teil unserer Gesellschaft, deswegen auch der Islam. Und es ist auch nicht so lange her, dass Katholiken und Protestanten ähnliche Probleme miteinander hatten.

Bei der Diskussion darüber, ob der Islam ein Teil der deutschen Kultur geworden ist, sehe ich durchaus Parallelen zu der Integration der Schwarzen in den USA Anfang der 1960er Jahre. Wohlgemerkt, das eine ist ein Religion/Kultur-Problem; das andere ein Rassen/Kultur-Problem.

Meine Kindheit habe ich in Virginia (USA) verbracht. Da war Segregation¹ zu der Zeit selbstverständlich. Wir erlebten unsere schwarzen Mitbürger in ihren "typischen" Arbeitsstellen – Raumpfleger, Müllmänner usw. Sie wohnten in ihrem eigenen Stadtteil etwas außerhalb. In meinem Alltagsleben waren sie bis auf die wenigen, die in meiner unmittelbaren Nähe arbeiteten, eher unsichtbar. Es wäre zu der Zeit sehr befremdlich für mich gewesen, einen schwarzen Pfarrer bei einer öffentlichen Einweihung zu sehen, es sei denn, es wäre bei einer Einrichtung für Schwarze gewesen.

Als ich dann nach Kansas auf die Universität ging, war es für mich ein Schock, Schwarze im Unterricht neben mir zu sehen, obwohl diese hauptsächlich Auslandsstudenten aus Afrika waren. Außerhalb der Großstädte in Kansas gab es in den 1960er Jahren sehr wenig Schwarze. Deswegen war es für die meisten

SPD

Studenten selbstverständlich, Martin Luther King und andere Integrationsaktivisten zu unterstützen. Wer keinen direkten Kontakt zu einem Problem hat, kann dieses "leicht" lösen.

Inzwischen ist es für mich auch selbstverständlich, Schwarze in allen Lebenslagen zu erleben. Von meiner Kindheit her habe ich aber immer noch ein innerliches "Aber" gegen Schwarze in großer Anzahl. Es ist wohl die unbekannte Masse, die mir Angst macht.

Ähnlich ist es wohl auch bei vielen von uns (auch bei mir) mit Moslems. Als einzelne Personen sind sie bei mir voll akzeptiert. Obwohl ich mich über den Islam informiert habe, ist mir immer noch zu viel gefühlsmäßig Unbekanntes dabei. Deswegen bleibt wohl bei mir ein flaues Gefühl bei dem Gedanken, islamische Geistliche würden neben christlichen an öffentlichen Feiern teilnehmen. Trotzdem – oder gerade deswegen – meine ich, wir sollten diesen Schritt zur Integration leisten.

Carol Latschar-Keßler Zetel

Tatürlich sollte man auch einen Imam einladen zur Einweihung von Bedeutendem neben evangelischen und katholischen Geistlichen und einem Rabbi.

Und er sollte auch reden dürfen, und nicht unbedingt am Schluss, wenn alle schon gehen oder dem kalten Buffet zustreben.

Religion ist für den Einzelnen Privatsache und wenn, wie bei Einweihungen, Religion öffentlich werden soll, müssen eben alle eingeladen werden.

Den deutschen Einweihungsfestgästen ist die Teilnahme "anderer" Religionsgemeinschaften vielleicht zunächst befremdlich, doch das legt sich spätestens nach der dritten Teilnahme.

Integration heißt Teilnahme und teilnehmen lassen.

Allerdings hat sich mir als "protestierender Protestant" nie der eigentliche und tiefere spirituelle Sinn der Teilnahme von Geistlichen an Einweihungen erschlossen.

Aber wenn <u>einer</u> eingeladen wird, dann bitte <u>alle</u>!

Ulrich Keßler, Zetel

renn die Nutzer einer Einrichtung glauben, Gottes Segen sei erforderlich, dann gehört in vielen Fällen auch die islamische Zeremonie zur Einweihung dazu. Der islamische Bevölkerungsanteil beträgt inzwischen etwa 5%. Des weiteren ist die islamische Religion mit den christlichen Religionen verwandt, aber nicht Bestandteil unserer Kultur. Im zweiten Vatikanischen Konzil wurde außerdem festgestellt, dass die christlichen Religionen nicht alleine seligmachend sind. Also, warum denn nicht?

Manfred Kistler Ehingen-Nasgenstadt

lares Nein. Solange Christen in der islamischen Welt verfolgt, drangsaliert und an der Ausübung ihrer Religion massiv gehindert werden - auch in der Türkei - so lange brauchen wir das nicht. In großen Teilen der Welt werden Christen solange gepiesackt, bis sie gehen. So entstehen dann "ganz zufällig" reinreligiöse Gebiete - ohne Christen. Hier versagen seit vielen Jahrzehnten die großen christlichen Kirchen und ihre hohen Führungskräfte.

Georg Mangold Ehingen ■

¹Trennung von Personen[gruppen] mit gleichen sozialen (religiösen, ethnischen, schichtspezifischen u. a.) Merkmalen von Personen[gruppen] mit anderen Merkmalen, um Kontakte untereinander zu vermeiden (Quelle: DUDEN)



- Kommentar

- Aufruf an Ehinger Muslime

Ludwig Dorner

Nein, ich kommentiere sonst die Lesermeinungen zu (R)umgefragt grundsätzlich nicht. Diesmal mache ich eine Ausnahme, aber es geht mir nicht um die Zuschriften, sondern eher darum, wie sie zustandegekommen sein mögen.

Es sind eher weniger Meinungen darunter, die uneingeschränkt gesagt hätten: Ja, ladet die muslimische Geistlichkeit mit Selbstverständlichkeit künftig ein.

Sehr geehrte Damen und Herren der Ehinger Mevlana-Moschee. Noch nicht einmal Sie selbst haben sich so geäußert. Sie haben sich uns gegenüber überhaupt noch nie geäußert! In jedem Roten Füchsle steht

die Einladung, mitzudiskutieren, an Veranstaltungen teilzunehmen und sich einzubringen. (Es gäbe ja außerdem auch die Möglichkeit der Gastoder vollständigen SPD-Mitgliedschaft.) Ob dies alles jemand unter Ihnen wahrnimmt, bleibt einstweilen leider unbekannt. Sicher ist: Sie erhalten seit langem unser Rotes Füchsle. Und das ist das offizielle Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen. Es dient auch dazu, Termine bekanntzugeben und spricht unsere Einladungen aus — gemäß unserer Satzung. Es lädt auch zur Teilnahme an mündlichen und schriftlichen Diskussionen ein.

Wir wissen, dass es allerlei unterschiedliche Glaubensrichtungen unter Muslimen gibt, ähnlich wie im Christentum. Nicht alle davon fühlen sich der Ehinger Mevlana-Moschee-Gemeinde zugehörig, doch Sie bilden hier die Mehrheit. Andere praktizieren ihren Glauben in Ulm oder anderswo oder gar nicht. Aber Sie alle leben und arbeiten in Ehingen oder Umgebung. Sie kennen die relevanten Ansprechpartner/-innen in Ehingen. Es ist der Integration nicht dienlich, wenn Sie sich (auch) uns gegenüber in völliges Schweigen hüllen und sich an nichts beteiligen. Sie reagieren weder wie jüngst auf Mails noch auf Einträge in Ihrer Ehinger Website. Sie nehmen keine unserer Einladungen wahr — und dann muss man manchmal noch mit dem Vorwurf rechnen, dass man Sie "hier nicht wolle". Das mag bei manchen Deutschstämmigen leider tatsächlich stimmen. Es ist aber äußerst schade und spricht nicht für Ihre Integrationsbereitschaft, wenn Sie Kontakte mit denen unserer Gesellschaft, die Ihnen seit Jahren und Jahrzehnten entgegen kommen wollen, vermeiden außer, wenn Sie gerade mal wieder einen Wunsch an die Gesellschaft oder deren Finanzmittel haben. Man kann es nicht oft genug sagen: Integration ist keine Einbahnstraße! Da gehören immer zwei Seiten dazu. Wir laden Sie erneut herzlich dazu ein!

Für das Rote Füchsle (siehe Seite 1f - Red.)

Präimplantationsdiagnostik (PID): Längere Beratungszeit ist notwendig.

Hilde Mattheis MdB

Im Juli 2010 befand der Bundesgerichtshof, dass ein Berliner Fortpflanzungsmediziner nicht gegen das Embryonenschutzgesetz verstoßen habe. Der Arzt hatte sich selbst angezeigt. Er hatte in mehreren Fällen eine Präimplantationsdiagnostik durchgeführt, also Embryonen vor der Einpflanzung in die Gebärmutter auf genetische Defekte untersucht und nur die Embryonen eingepflanzt, die keine Auffälligkeiten aufwiesen.

Dieses Urteil nahmen CDU-Abgeordnete zum Anlass, eine sehr einseitige Diskussion zur PID zu beginnen, und der Fraktionsvorsitzende Kauder kündigte dann an, noch für dieses Jahr eine Regelung erreichen zu wollen.

Damit will die Regierung im Schnellverfahren eine komplexe und an individuelle Wertvorstellungen gebundene Materie durch das Parlament treiben. Das verhindert eine angemessene, über Fraktionsgrenzen hinweg zu führende Diskussion. Denn niemand macht sich die Entscheidung über ein so weit reichendes Thema einfach. Ich erinnere da an die parlamentarischen Debatten zur Stammzellenforschung oder auch zur Patientenverfügung.

Richtig ist: Wir brauchen in Deutschland ein umfassendes Fortpflanzungsmedizingesetz, und das PID-Urteil ist ein guter Anlass diese Diskussion aufzunehmen. Der Ethikrat hat für Juni 2011 seine Stellungnahme angekündigt. Wir sollten uns nicht die Möglichkeit nehmen, diese in unsere Diskussion einzubeziehen.

Ich selber bin heute der Auffassung, dass ich keine Möglichkeit einer Selektion menschlichen Lebens unterstütze.



Bewertung der Aussagen von Herrn Prof. Bodack zu Stuttgart 21 in seiner Stellungnahme vom 6. 8. 10 (siehe Rotes Füchsle Nr. 202 - Sept./Okt. 2010, ab Seite 23)

"Viele Behauptungen und falsche Vergleiche"

Martin Rivoir MdL

Leider zeichnet sich auch diese Stellungnahme wie viele "Studien" zuvor durch viele Behauptungen und falsche Vergleiche aus. In meinen Augen ist dieses Papier vor allem Propaganda und dient mitnichten der Aufklärung. Leider wird dieses Papier aber kommentarlos vielen Menschen weitergereicht. Ich will an dieser Stelle auf die einzelnen Punkte eingehen, um der Leserschaft auch einmal die andere Seite aufzuzeigen.

1. Zustand des Bahnhofs:

Bodack hat recht. Der Bahnhof liegt in der Zuständigkeit der Bahn. Allerdings nur das Gebäude. Zwar würde eine Modernisierung dem Auge gut tun, dem Bahnverkehr ist aber durch ein hübsches neues Glasdach nicht gedient.

2. Das Erscheinungsbild:

siehe 1.

3. Die Haltezeiten:

Es geht nicht um eine Verkürzung der Haltezeiten, sondern um mehr Kapazitäten für den Bahnknoten Stuttgart. Einige Züge werden drei Minuten halten, andere bis zu zehn Minuten. Die Kapazität des Bahnhofs wird aber von ca. 30 Zügen/h auf bis zu 52 Züge/h gesteigert.

4. Die Fahrzeiten:

Die Fahrzeitangaben sind korrekt. Hier muss man aber zunächst einmal betonen, dass sich diese verlängerten Fahrtzeiten auf die Gesamtstrecke Stuttgart-München und nicht auf die Strecke Stuttgart-Ulm beziehen. Zwischen Stuttgart und Ulm war die Verbindung

bereits 1995, der schwierigen Geographie des Albaufstiegs geschuldet, so "langsam" wie heute. Somit ließen sich durch eine Ertüchtigung für diese Strecke nur minimale Fahrzeitverbesserungen erreichen, die mit den 26 Minuten, die S21 bringt, keinesfalls konkurrieren können. Der Pendler aus Ulm oder vom Bodensee müsste auf diese Zeitersparnis verzichten. Auch die Betrachtung der Ursachen für die veränderte Fahrtzeit ist interessant. So lassen sich diese keinesfalls allein auf schlecht gewartete Trassen zurückführen. Der ICE hält, um optimale Anschlüsse in Richtung Garmisch-Partenkirchen gewährleisten zu können, im Vergleich zu 1995 zusätzlich in München-Pasing, was natürlich eine Erhöhung der Fahrtzeit bedingt. Hinzu kommen Gleisarbeiten auf der Strecke Ulm-München. Die Bauarbeiten für den viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke Augsburg-München, welcher voraussichtlich im Juni 2011 abgeschlossen sein wird, beispielsweise sorgen für erhebliche Behinderungen. Während der Bauzeit können die Züge

auf dieser Strecke nur mit 160 km/h statt mit 200 km/h fahren. Hinzu kommen Bauarbeiten auf der Strecke Ulm-Augsburg im Bereich Günzburg. Um einen geregelten Fahrplan einhalten zu können, sind in den momentanen Fahrtzeiten Fahrzeitenzuschläge enthalten. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird der ICE auch zwischen Ulm und München wieder schneller verkehren. Somit lässt sich zusammenfassend sagen, dass Stuttgart 21 das momentan vorhandene Nadelöhr Stuttgart-Ulm beseitigt und somit auch für die Gesamtstrecke von Stuttgart nach München als Teilstück der Magistrale für Europa einen gewichtigen Anteil hat, der durch einfache Ertüchtigungen nie zu erreichen wäre.

5. Güterverkehr:

Und wenn wir uns alle auf den Kopf stellen: Zwischen Stuttgart und Ulm liegt die Alb. Daher wird diese Strecke nie eine Güterverkehrshauptachse werden, weil man nun mal den Höhenunterschied überwinden muss. Auch die heutige Streckenführung (die durch die NBS ja dann



wesentlich mehr Kapazitäten für den Güterverkehr hat) wird für den Güterverkehr immer unattraktiv bleiben, da man immer eine zweite Lok vorspannen muss. Bodack hat zwar recht, dass man über Aalen Güterverkehr fahren kann. Allerdings ist das nur mit massiven Eingriffen im dicht besiedelten Remstal zu machen. Diese durchzusetzen und zu finanzieren halte ich für sehr schwierig. Woher Bodack schon weiß, was das kostet, ist mir schleierhaft.

6. Freie Flächen:

Ein paar Läden über den Gleisen ersetzen nicht hundert Hektar Entwicklungsmöglichkeiten, die zudem noch die Teilung der Stadt zwischen Ost und Nord beendet.

7. Wohnungen:

Wo bitte entsteht zwischen Gleisfeldern und Heilbronner Straße attraktiver Wohn-raum? Da will doch ernsthaft niemand wohnen. Auch Untertürkheim ist keine Alternative zur Innenstadt. Übrigens hat die Stadt 60 Hektar Grünflächen in der Peripherie der Stadt aus dem Flächennutzungsplan gestrichen.

8. Flughafen:

Bodack will den Flughafenanschluss mit ICE und IC, VCD und BUND nur mit S- und Regionalbahnen, die Grünen nur mit S-Bahnen. Die Grünen haben sich zudem von der Neubaustrecke verabschiedet. Das Problem an Bodacks Vorschlag ist, dass seine Variante nicht geplant ist und daher nicht, wie von ihm behauptet, einfach begonnen werden kann.

9. Arbeitsplätze:

Bodack schreibt bewusst die

Unwahrheit. Er sollte wissen. dass die Gelder, die für S21 bereitgestellt werden, NICHT nach seinem Belieben in andere Projekte gesteckt werden können. Zwar hat er Recht, dass die von ihm genannten Strecken auch saniert, ausgebaut und elektrifiziert werden müssen. Allerdings stehen sie, wie alle Projekte, in einer Prioritätenliste des Bundes. Kommt S21 nicht, wird das Geld nicht in Baden-Württemberg investiert, sondern irgendwo in der ganzen Republik, da die von ihm genannten Projekte nicht die höchste Priorität beim Bund haben.

- + -

Zur Finanzierung stellt Bodack viele Zahlen in den Raum, ohne auch nur eine einzige seiner Berechnungen in irgendeiner Form zu erläutern. Das ist völlig unglaubwürdig. Wieso kosten die Ausbaumaßnahmen im Remstal z. B. 100 Mio. Euro? Welche Ausbaumaßnahmen meint er überhaupt? Aus welchen Töpfen wird das finanziert? Bis wann ist mit einer Planfeststellung zu rechnen? Wie will er mit den Anwohnerprotesten umgehen, die Lärmschutzmaßnahmen wegen des nächtlichen Güterverkehrs fordern werden? Zu keiner dieser Fragen irgendeine Antwort in seinen Ausführungen.

Zu den angeblichen Gründen für den Bau von Stuttgart 21

Die Entscheidung fiel in den 90er Jahren nicht leichtfertig und, wie von Bodack behauptet, keinesfalls nur aus Investoreninteressen. Vielmehr wurden 60 Varianten geprüft, vier kamen in die engere Wahl. Die beiden letzten Varianten waren das heutige K21 und S21. Letztlich fiel

die Wahl auf S21, da die Investitionskosten bei K21 lediglich zehn Prozent niedriger waren, die städtebauliche Entwicklung für Stuttgart aber bei S21 wesentlich höher.

Bodacks Behauptung, es koste nur "einen Bruchteil, eine Strecke in flachem, wenig besiedelten Gebiet" zu bauen ist schlicht irrwitzig. Allein im Remstal müssten die Züge knapp 30 km am Stück durch fast durchgängig bebautes Gebiet! Sehr oft direkt vorbei an Wohnbebauungen. Massiver Widerstand wäre programmiert!

Der Vorwurf der Investorenfreundlichkeit: Einerseits behauptet Bodack, man könne das Geld für andere Projekte in Baden-Württemberg nutzen und damit genauso viele Arbeitsplätze wie bei S21 schaffen, da unter dem Strich gleichviel Geld ausgegeben würde. Andererseits verdienen aber nur bei S21 die großen Unternehmen. Wo ist da die Logik? 100 Euro bleiben 100 Euro, egal ob sie für K 21 oder S21 ausgegeben werden. Die gleichen Unternehmen bauen, die gleichen Unternehmen verdienen.

Zum Vorwurf, dass die negativen Faktoren überwiegen:
Ohne schon hier auf die einzelnen Punkte eingehen zu wollen: Wenn ich nur zwei positive aufzähle und viele negative Punkte, überwiegen letztere selbstverständlich.
Was, wenn ich es einfach andersherum mache? Dann überwiegen eben die positiven Argumente.

Zu einigen Argumenten. Der drei Kilometer lange Park bekommt tatsächlich einen ca. hundert Meter breiten und ca. hundert Meter langen Streifen ohne Bäume. Er bekommt aber 20 Hektar zusätzliche





Fläche mit Bäumen.

Es stimmt, dass die Reisenden weniger von der Stadt zu sehen bekommen. Was sehen sie aber heute, eine Gleiswüste auf der einen Seite und zugegeben einen Park auf der anderen Seite. Die Bewohner der Stadt hingegen bekommen mehr Grün, mehr Fläche sich zu bewegen, und weniger Gleiswüste.

Beim höheren Scheitelpunkt verstehe ich Bodack nicht.

Mal schreibt er, er will die Neubaustrecke, dann wieder nicht. Will er die Neubaustrecke, ist der Scheitelpunkt genauso hoch.

Stations- und Trassenpreise steigen auch bei einem renovierten Kopfbahnhof. Die auch für K21 denselben Zwängen unterworfen. Bauzeit und Kosten sind bei beiden Projekten vergleichbar, der Nutzen von S21 aber

deutlich höher.

Herr Bodack behauptet viel, belegt aber nichts davon! Ein solches Papier kann ich nicht ernst nehmen, da bloße Behauptungen einer fruchtbaren Diskussion abträglich sind.

Kosten sind sowohl für S21 als Ich bitte daher auch die Argumente der Projektbefürworter, die ich hier sehr knapp zusammengefasst habe, zu lesen und in den Abwägungsprozess einzubeziehen.

Im Schwert die Klingen gekreuzt wegen S21 und K21

Protokoll zur öffentlichen Veranstaltung unseres Ortsvereins am 20. Oktober 2010 im Gasthaus zum Schwert.

Zwischen Cannstatt und Stuttgart, da liegt ein Tunnel, wenn man reinfährt, wird's dunkel, wenn man rausfährt, wird's hell.

Dieter Volgnandt

Eher noch dunkler scheint' s zu werden, nähert man sich derzeit dem Kopfbahnhof, einem der schönsten seiner Art, wie es gemeinhin heißt, aber trotzdem noch dem Ende des 19. Jahrhunderts, also dem Zeitalter der Dampfeisenbahnen, entstammend. Denn dessen Gegner und Befürworter würden sich am liebsten die Köpfe einschlagen, würden sie von Heiner Geißler nicht am Schlichtungstisch gebändigt. Entsprechend greift das Thema um sich, bringt die Grünen auf satte Zustimmungswogen und beschäftigt anscheinend alle landauf und landab, so auch die SPD, die als qute alte Volkspartei wieder einmal mitten drin steht im Schlamassel, weil die einen dem vom Volkes Zorn bedrohten Bau nachrennen, die anderen ihr Fähnchen nach des Volkes Wünschen strecken, wobei noch nicht so ganz raus ist, welches Volk denn gemeint

Da in Stuttgart, die Schwaben insgesamt oder nur die Württemberger oder vielleicht sogar nur die Badenser? In weiser Voraussicht hatte Klärle dann auch mit unserem Landtagsabgeordneten Martin Rivoir einen leidenschaftlichen Verfechter von S21 und mit

dem Genossen Karl-Heinz Irgang einen ebenso engagierten Gegner des Projekts und Befürworter der K21-Variante ins Schwert geladen, wo sie mit Argumenten und Fakten die Klingen kreuzen sollten.

Ein aufmerksames Publikum

füllte dazu den Nebensaal der Gaststätte, so dass auch Volkes Stimme zuhörte und gehört werden musste, ebenso wie etwas später die leidenschaftliche Stimme von Hilde Mattheis, unserer Vertreterin im Bundestag, die sich in der Sache S21 sehr für Baustopp und





Volksbefragung engagiert.

"Fahrstraßenausschluss" und
"Ertüchtigung" stellten denn
auch die Schlagworte des
Abends dar. Dazu kam dann
noch viel Eisenbahntechnisches, nämlich wie sich der
komplizierte Verlauf der
Gleisführung in insgesamt drei
Etagen zum Einlauf in die 16
Abstellgleise des Hauptbahnhofes und die beiden Gleise
der vor dem Bahnhof in den
Tunnel führenden S-Bahn
möglichst kreuzungsfrei gestaltet.

Doch trotz aller Technik und Fakten gewannen die Zuhörer im Verlauf des Abends mehr und mehr den Eindruck, dass sich da eine Art Glaubenskrieg vor ihren Augen entfachte: Gut katholisch und damit auf dem Weg weiter zu pragmatischen, praktikablen und finanzierbaren Lösungen mit S21 die einen, sehr protestantisch, wobei ebenso gut katholisch die eine oder andere Zahlensünde in Kauf genommen werden dürfte; reformerisch um den Gesamterhalt des Bahnhofs bemüht mit einer angeblich billigeren und genauso effizienten Variante die anderen, die dabei sehr gewissenstechnisch darum bemüht ist, die bisher schon entstandenen Kosten und im Falle eines Baustopps noch zu erwartenden Folgekosten aus ihrem Zahlensalat herauszurechnen, ebenso wie sie die gesamte drohende Rechtsproblematik im Falle einer Annullierung rechtsverbindlicher Verträge und Zusagen verniedlicht.

Siehe dazu den Beitrag von Tobias Leichtle, Seite 15.

Jeder Grundschüler lernte früher in Stuttgart, dass unsere Landeshauptstadt nicht am Neckar, sondern am schon

längst vollständig eingetunnelten Nesenbach liegt und aufgrund ihrer Kessellage rein eisenbahntechnisch gesehen in einer Art Flaschenhals steckt und nur die drei Schienenwege über den Rosensteintunnel nach Osten und Süden, über den Pragtunnel nach Norden und über die Gäubahn in einer Schleife nach Stuttgart-Vaihingen und dann nach Westen und Südwesten vom und zum Bahnhof führen. Damit nun kein einfahrender Zug mit einem ausfahrenden Zug kollidieren kann, hat man dazu das geniale System des Fahrstraßenausschlusses entwickelt, das grob und für den Laien verständlich formuliert automatisch alle anderen Weichen blockiert, sobald ein Zug einbzw. ausfährt.

Für Martin Rivoir stellt dies genau den Grund dar, weshalb im Zeitalter der Hochgeschwindigkeitszüge und der immer größer werdenden Bedeutung des Regionalverkehrs der ganze Bahnhof insgesamt um 90 Grad gedreht und unter die Erde verlegt werden muss. Dort soll er dann den gesamten Verkehr in insgesamt acht Gleisen mit vier Bahnsteigen bewältigen und über den Tunnel einen Direktanschluss zur Messe und zum Flughafen ermöglichen. Über den Neubau der Fahrstrecke von Wendlingen nach Ulm würde die Fahrzeit von Ulm nach Stuttgart insgesamt noch etwa 26 Minuten betragen.

Aber nur für diejenigen, die den dann teureren Zug über den Flughafen nehmen würden, korrigiert Karl-Heinz Irgang, der im Übrigen darauf verweist, dass schon die geplante Steigung der Neubaustrecke ein gigantischer Fehler sei, da sie für den Güter-

verkehr künftig nicht nutzbar wäre. Er dagegen hält von einer Untertunnelung des Hauptbahnhofs überhaupt nichts, weil - so sein Dogma -Bahnhöfe eben oben zu sein haben, weswegen er den Stuttgarter Bahnhof ertüchtigen will, das heißt, indem zum Beispiel die Streckenzuführung verbessert und alle Bahnsteige auf dasselbe Niveau gebracht werden, so dass künftig die Fahrgäste auf allen Seiten ein- bzw. aussteigen können.

An dieser Stelle wird dann gern darauf verwiesen, dass ein untertunnelter Durchgangsbahnhof auf der Hälfte der Bahnsteige das zu erwartende Passagieraufkommen gar nicht bewältigen könnte. Was aber nicht gesagt wird, was aber gleichwohl noch hinzugefügt werden sollte, ist, dass bei der Ertüchtigung des alten Bahnhofs, die im Ubrigen auch nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, außerhalb von Stuttgarts Kessel noch weitere Bahnhöfe ertüchtigt werden müssten, denn dann ginge die als Tunnel ausgebaute Schleife zum Flughafen bei Cannstatt oder Untertürkheim los.

Was nun die Bürger als Ulmer oder Ehinger oder auch Biberacher betrifft, fehlte beim letzten Vortrag der klare Hinweis, dass nicht Stuttgart, sondern die Region als Ganzes im Falle der sogenannten K21-Ertüchtigungsvariante abgehängt werden würde. So sprechen sich die Grünen offen für den Ausbau der Rheintaltrasse für den Anschluss an den Gotthardter Basistunnel aus. Von dem hätte die Region nichts, während sie von der ebenso geplanten Brenneruntertunnelung ebenso abgehängt wäre, da im Falle eines





Nichtbaus die Bahn die Streckenführung in den Süden über Würzburg favorisieren könnte und schon jetzt von einer erneuten zwanzigjährigen Planungsphase gesprochen wird. Das große Güterverkehrszentrum, von dem aus die LKWs auf die Züge in Richtung Süden müssten, wird jetzt schon bei Augsburg gebaut.

So also waren am Schluss die Köpfe zwar heiß geredet und vom guten Schwert-Bier leicht eingenebelt, dafür aber das Licht in ihnen nicht unbedingt heller. Denn während die einen auf der Verkopfung ihres Bahnhofs bestehen man sollte vielleicht eine Bürgerinitiative zur Wiederenttunnelung des Nesenbachs mit dem Motto: "Volle Freiheit für Stuttgarts schönstes Gewässer. Gebt dem Rüsselkäfer endlich sein Bächle" aufrufen — und sich dabei von Karl-Heinz Irgang unbeirrt bestätigt sahen, gingen den anderen die Lichter bei Martins Vortrag auf, den man im

Übrigen - nomen est omen - aufgrund seines gut strukturierten Vortrags gern hier wieder sehen würde. Vielleicht ist es dann auch möglich - und wir hoffen sehr für einen guten Verlauf der Schlichtungsgespräche -, dass sich die beiden Lager zum Zwecke einer praktikablen und für alle Bürger sinnvollen Lösung zusammensetzen. Der Rüsselkäfer wird uns dazu nicht verhelfen. ■

Deutsche Bahn-Experten dürfen wohl nicht so arbeiten, wie sie eigentlich wollen

Hinter die Kulissen von S 21 geschaut

Karl-Heinz Irgang, Dipl.Ing.

In den vergangenen Tagen konnte ich Gespräche (ergänzt durch E-Mails) zu Planungssitzungen über den Auf- und Ausbau eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes mit Bahnexperten der staatlichen Eisenbahn in Frankreich SNCF führen. Mit großer Skepsis und Verwunderung verfolgt man dort nun schon seit vielen Jahren die Vorbereitungen auf deutscher Seite.

In der Priorität sieht man dort den Ausbau rund um München (Pasing-Freilassing) unter Einschluss des Internationalen Großflughafens, dann Ulm-Augsburg sowie Freilassing-Wien. Alle vier Varianten 'München' sind im Papierkorb gelandet, somit auch ein Teilabschnitt Freilassing-Wien, und bei Ulm-Augsburg wird seit Jahren gemauert.

Mit Blick auf Gesamtverkehrsströme, also nicht nur Hochgeschwindigkeit, wird die Bevorzugung von Stuttgart und Stuttgart-Ulm als Fehler angesehen.

In EU-Arbeitssitzungen wur-

den auch vorhersehbare Probleme mit dem Flaschenhals 8-gleisiger Tiefbahnhof diskutiert. In diesem Fall (S21) auch über eine Verbindungsbahn von Mannheim via Möglingen und Flughafen direkt zur Neubaustrecke (NBS) nach Ulm als Bypass zum neuen Hauptbahnhof, unwidersprochen vom obersten anwesenden Verantwortlichen der DB-AG.

Dies erzwingt einen deutlich verbesserten S-Bahnhof/Fernbahnhof am Flughafen, es ist auch bekannt, dass (oh Wunder!) die Planfeststellung am Flughafen nicht vorankommt.

Man ist sich offensichtlich einig, dass, wenn alles so kommt, wie es die deutsche

Politik vorgibt, dann immer noch Zeit für Beschluss und Umsetzung einer Umfahrung ist, diese dann aber immer noch vor der NBS nach Ulm betriebsbereit sein könnte.

Auf die deutschen Kollegen angesprochen hieß es lapidar, die wirklichen Experten dürften wohl nicht so arbeiten, wie sie eigentlich wollen.



Wörter müssen gehütet werden - Anmerkungen zur Alltagssprache

Wenn Wörter Tretminen werden

Es ist ja nicht nur der Fall, wenn es um Stuttgart 21 geht. Selbst bei viel weniger umstrittenen Themen entgleist den Handelnden und den Medienschaffenden die Sprache. Es ist höchste Zeit, die Sprache zu "entwaffnen" und die Tretminen unschädlich zu machen, meint unser Autor Christoph Kuhn.

Normalität wird dramatisiert -Schrecken verharmlost.

Eine kraftvolle Sprache wird durch falsche Vergleiche zerstört wie eine Landschaft durch Minen.

Man mag von einem Herrn

Sarrazin halten, was man will, ihn seiner fremdenfeindlichen, populistischen Äußerungen wegen schmähen, ausgrenzen, mit Missachtung strafen, ihm gar kein Podium geben - aber auf ihn zu schießen ist wohl doch nicht angebracht! "Sarrazin unter Dauerbeschuss" titelte die Mitteldeutsche Zeitung schon vor Wochen, aber die "Zielperson" lebt und erfreut sich höchster Aufmerksamkeit. Oft wird über Streitfälle in einem Ton berichtet, als hätte es Handgreiflichkeiten gegeben: schallende Ohrfeigen, Watschen werden ausgeteilt, Köpfe rollen oder sollen es zumindest. Schlag-Zeilen - selbst wenn sie gar nicht geschrieben und gedruckt sind - und die Alltagssprache strotzen von kriegerischem Vokabular: Politik hat etwas im Visier, jemand macht Kampfansagen, bläst zum Sturm, zum Sturmlauf, weil etwas auf dem Vormarsch, im Anmarsch ist. Wer nicht Attacken reitet, steht mindestens Gewehr bei Fuß,

Alles Mögliche und jeder-

mann kann ins Fadenkreuz,

Sperr- und Kreuzfeuer der Kritik geraten. Doch wo gefeuert wird, wird eben nicht mehr kritisiert; wird höchstens mit Fragen bombardiert. Schießen ist besonders beliebt, wenn es um ganz normale Diskussionen oder Auseinandersetzung mit Worten geht: Warn-, Quer-, Schnellschüsse und Schüsse vor den Bug, Wer ohne Schützenhilfe und Wachablösung auf verlorenem Posten steht, sollte aus der Schusslinie genommen werden oder gerät ins Hintertreffen. Nebelkerzen, Lunten, Sprengsätze, Tretminen, Zeitbomben sind auf dem sprachlichen Schlachtfeld breit ausgestreut.

Wer meint, nur mit geharnischter, martialischer Ausdrucksweise Aufmerksamkeit zu gewinnen, vergisst, dass die Sprache der Spiegel der Gedanken ist (Mark Hopkins) und was in der Sprache geschieht, jederzeit Wirklichkeit werden kann (Alfred Andersch).

Außerdem nutzen sich Wörter ab. Wenn dies eintritt, müssen immer "schärfere Geschütze aufgefahren werden", und im Ernstfall, bei tatsächlicher Gewalt, taugen sie nichts mehr. Dann genügen mokante oder makabre Formulierungen, die Gewalt verharmlosen – etwa wenn jemand Tritte "kassiert" und "krankenhausreif geschlagen" wird.

Auch im Krieg ist dann das Pulver verschossen, weil im Frieden das Arsenal der Kriegswörter ausgeschöpft wurde. Echter Krieg wird dann verharmlost. Die Rede ist dann von Auslandsabenteuern, von Mission, Intervention, Operation, chirurgischem Eingriff, humanitärem Einsatz mit Kollateralschäden. Auch sonst gelten immer noch Begriffe wie "Speerspitze", "Säbelrasseln" und "Gefecht", als wäre noch Mittelalter. Der Kernwaffengefechtskopf ist solch eine fatale Bagatellisierung für die mögliche Menschenmassenvernichtung. Es wird Zeit für eine Entmilitarisierung der Sprache, die schreckliche Denkmuster bewahrt. "Wörter, wenn sie nicht gehütet werden, verrichten mitunter tödliche Arbeit", sagte John Ruskin. Er würfe die Flinte noch nicht ins Korn.

Christoph Kuhn

Der Beitrag erschien in "Glaube und Heimat - mitteldeutsche Kirchenzeitung" und in "Der Sonntag. Wochenzeitung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens."

Wir veröffentlichen ihn mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Für Anregung und Vermittlung danken wir Roland Schmitz,
Mundingen. ■





"Jeder Kramer lobt sei' War'." - Also auch die Planer eines großen Vorhabens

Neubaustrecke S 21: Nur für wenige? Und noch ein paar Gedanken dazu.

Ludwig Dorner

Nein, ich will nicht in Schwarz-Weiß-Malerei verfallen. So einfach liegen die Dinge nicht. Immerhin sind (nebst Leuten mit Grundstücksspekulationsinteressen) auch ehrenwerte Leute fast jahrzehntelang am Planen und Überlegen und Beschließen gewesen. Und ich traue den beteiligten Ingenieuren und auch demokratisch Gewählten aller Richtungen schon auch Wissen, Können und Gewissenhaftigkeit zu. Warum sich das Pendel bei mir allmählich dennoch eher gegen S 21 in dieser Form wendet, will ich nachstehend darlegen.

Schneller von und nach Stuttgart?

Es mögen Hunderte, wenn nicht Tausende sein, die täglich aus unserem Raum, aus Oberschwaben und der bayerischen Nachbarschaft nach Stuttgart zur Arbeit fahren. Nur - fahren die alle mit dem teuren ICE? Nur dieser aber würde auf der neuen Trasse fahren. Alle anderen Züge, also auch die mit Zusteigemöglichkeiten in Geislingen, Göppingen usw. wären weiterhin auf Züge der seitherigen Trassenführung angewiesen.

Die neue Trasse mit vielzitierter Zeitersparnis würde in Wirklichkeit nur wenigen "Luxusreisenden" nützen. Wie viele davon aber sind Pendler von Ulm nach Stuttgart? Davon spricht auch die hiesige CDU "natürlich" nicht!

Will man immense Summen für wenige Privilegierte ausgeben?

Im Herzen Europas?

Stuttgart ist unsere Landeshauptstadt und nach den international gültigen Kriterien zahlenmäßig auch eine Großstadt. Aber eine Weltstadt, in einem Atemzug mit London, Paris, Wien und Budapest zu nennen, ist es dennoch nicht.

Ulm, gerade mal etwas über 100000 Einwohner, ist so gesehen höchstens ein "Großstädtle", an der alleruntersten Zahlen-Grenze.

Weder dem Stuttgarter noch dem Ulmer OB will ich verargen, wenn sie sich in der Perlenkette der wirklichen Metropolen eingefädelt sehen wollen. Aber mit Verlaub: Mit welchem wirklichen Recht? Die Bahn räumte dieser Tage selbst ein, dass ihr die Bahnverbindung über Stuttgart-Ulm großräumig gesehen soooooo wichtig gar nicht sei.

Muss der Steuerzahler bluten, auch um die (nachvollziehbaren) Eitelkeiten von hiesigen Möchtegern-Metropolen zu befriedigen?

Die "Adler" von Nürnberg nach Fürth

Adler hieß die aus England importierte Dampflokomotive, die die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth zog. Damals hatten allerlei hochwohllöbliche als klug geltende Leute mit dramatischen Worten vor den riesigen Gefahren gewarnt, die Mensch und Vieh durch das neumodische Dampfross drohten. Viele Leute glaubten ihnen, und auch die Streckenführung der Südbahn Ulm-

Friedrichshafen soll einst durch solche Ängste beeinflusst gewesen sein. Mir ist bei S21 also auch wohl bewusst:

Manchmal müssen Planer, Ingenieure und politische Entscheidungsträger - mit Verlaub - klüger sein und ihrer Zeit voraus, bis es die Bevölkerung später dann auch zu begreifen anfängt. (Nur: Ist dies hier wirklich der Fall?)

Architektonische Schönheit?

Ob einem der bisherige Stuttgarter Bahnhof sonderlich gefällt oder eher schon die düstere und drohende Wirkung Speer'scher Architektur vorwegnimmt, sei einmal dahingestellt. "Schön" ist für mich anders. Wie der geplante unterirdische Bahnhof - wenn er denn kommt - einmal aussehen wird, kann man sich allenfalls durch Computeranimationen in etwa vorstellen.

Wie ein hochmoderner oberirdischer Bahnhof aussieht, kann man aber am Beispiel des neuen Berliner Hauptbahnhofs sehen, der jedoch auch seine Schwächen für die Reisenden hat ...

Freilich, hier soll ein Bahnhof weichen und durch einen futuristischen Neubau ersetzt werden,





während landauf landab die Bahnhöfe zumeist verfallen und in einem erbarmungswürdigen Zustand sind.
Traurig auch, dass die Bahn die
meisten schon längst "verscheppert"
hat, weil man sie angeblich "nicht
mehr braucht". Massives Ungleichgewicht Stuttgart/Provinz?

Keine Gewalt

Da bin ich NICHT großzügig. Gewalt ist für mich vieles.

Natürlich verkörpert auch ein dickkopfiger Mappus Gewalt, der erst überhaupt nicht einsehen wollte, dass gegenüber der aufmüpfig (oder wachsam) gewordenen Bevölkerung Handlungsbedarf besteht.

Gewalt übt auch ein Bahnchef Grube aus, wenn er laut tönt, abgerissen und gebaut würde, egal was da mit einem Mittler Geißler "verhandelt" wird.

Gewalt ist der Einsatz von Reizgas und Wasserwerfern. Für mich ist aber auch Gewalt, wenn man Polizeifahrzeuge entert und ein Event daraus macht.

Gewalt ist es in meinen Augen, wenn sich Demonstranten unterhaken und dann von Polizeibeamtinnnen und -beamten unter Einsatz großer körperlicher Kräfte auseinandertrennen und anschließend wegtragen lassen. Auch Polizisten haben Bandscheiben und müssen Muskelrisse befürchten ...

Es mag ein qualitativer Unterschied sein, ob man Steine oder Kastanien auf Einsatzkräfte schmeißt, aber Gewalt ist es in meinen Augen in beiden Fällen.

Eine Art Gewalt ist für mich, was Bundesregierung und

Atomindustrie mit uns veranstalten. Gewalt ist für mich aber auch, bei Gorleben Gleisschotter zu entfernen.

Ich räume gerne ein, dass die Grenzen zwischen legitimem zivilem Widerstand im Rahmen der Meinungsund Demonstrationsfreiheit einerseits und Gewalt andererseits fließend sind und nicht immer scharf voneinander abzutrennen.

Landtagswahl

Das könnte spannend werden.

Die CDU sieht ihre Allmacht in Gefahr und sammelt daher landauf landab Ergebenheitsadressen von OBs, Land- und Gemeinderäten und Parteiversammlungen ein. Unisono wird "einmütig", und das heißt auch "einseitig", für S21 Position bezogen. Gibt es in der ganzen CDU keine andere Meinung? Wird diese zumindest nicht geduldet? Und warum?

Die GRÜNEN sind mir hier auch nicht ganz geheuer. Anfangs waren sie, wen wundert's, für eine schnelle Bahn und damit für S21, und jetzt machen sie sich zum Vorkämpfer der Gegner. Auf einen Sieg und gar den Ministerpräsidentensessel zu hoffen, ist legitim, und das gehört sich für jede demokratische Partei. Aber ein bisschen wundert mich der Stimmungswandel denn doch, zumal als einzige Begründung die hohen Kosten genannt werden.

Die FDP, im Lande eher nur Wurmfortsatz der CDU, tut natürlich wie diese und erkennt nur eine Seite der Stuttgart-21-Medaille an — offiziell.

Zwangseinseitigkeiten sind mir, egal bei wem, immer verdächtig!

Bleibt die SPD. Treu und fest steht die Mehrheit der Landesspitze sowie die Landtagsfraktion zu S21, auch wenn ein Parteitag mal anders wollte. Es gibt, wie uns Martin Rivoir MdL darlegte, auch durchaus honorige Gründe dafür. Weniger fein war hingegen der Versuch aus der Landesspitze, dem Parteivolk einen Maulkorb verpassen zu wollen, sich nur ja nicht anders zu äußern. Das freilich ist zu Recht misslungen und passt auch nicht zum erhofften und versprochenen neuen Stil im Umgang mit der eigenen Basis.

Anders als teils anderswo gibt es bei uns nämlich eine Diskussionskultur. Und am Beispiel unseres Ortsvereins sehen wir sehr gut, dass wir sachlich darüber reden und womöglich unterschiedlicher Ansicht sein können. Ja, wir können sogar Redner beider Positionen einladen und sachlich Fragende und Zuhörende bleiben. Zuweilen aufkeimende und völlig unnötige Schärfe wurde allenfalls von außen hereingetragen.

War der jetzt gescheiterte Versuch, eine Volksbefragung oder -abstimmung herbeizuführen, Zeichen für einen Stimmungswandel im Sinne, dass man sich einer vermuteten Bevölkerungsmehrheit nähern will?

Oder ist ist es vielmehr die Idee, das, was längst demokratisch beschlossen und damit legitimiert ist, zusätzlich durch die Bevölkerung "absegnen" zu lassen? (Siehe aber Seite 15.) ■

ie auch immer - eine ganz glückliche Figur macht die "offizielle" Landes-SPD dabei bisher nicht. Und es bleibt spannend, wie es nach der Landtagswahl aussehen wird, nicht nur in der Haltung zu Stuttgart21.



Unscheinbar und doch immer wieder gebraucht...

Kälber, Krempel und Klaviere

Ludwig Dorner



Das ist ein Loblied auf einen unscheinbaren Helfer. Meist steht er irgendwo auf dem Grundstück, mal ganz oder halb unter Dach, manchmal auch Wind und Wetter ausgesetzt. Oft scheint er ebenso wie viele seinesgleichen über Jahre hinweg auf diese Art sein Leben zu fristen - unbewegt, sinnlos, vergessen, angejahrt und angerostet. Doch immer wieder werden sie dann doch zum Leben erweckt. Dann zerrt man sie von ihrem Stellplatz hervor, kuppelt sie an die Anhängerkupplung des Autos, schließt den Stromstecker an und hofft - zuweilen vergebens - dass Beleuchtung, Blink- und Bremslicht wieder tadellos funktionieren.

Jetzt plötzlich wird der kleine Kasten auf Rädern zum wichtigen Transportgerät. Und was man damit alles transportieren kann, ist schier unermesslich. Hat der Anhänger einen oben offenen Kasten, ist die Ladung der Witterung ausgesetzt und fliegt bei Fahrtwind womöglich davon. (Ich hab auch schon mal neue Matratzen wieder aus dem Straßengraben geholt.) Zementsäcke werden bei Regen nass. Dafür kann sich bei so einem Modell der Fahrer des Radladers im Kieswerk heimlich am Entsetzen des Hobby-Anhänger-Autofahrers weiden, wenn seine riesige Schaufel drohend hoch über dem ganzen Gespann schwebt und Auto samt Anhänger unter sich begraben würde, wenn er einfach alles auskippte. Doch auch bei dem wenigen, was er "über Eck" vorsichtig abkippt, geht das kleine Anhängerle mächtig in die Knie. Polizeiwidrig überladen? Eher Handarbeit ist es, wenn zur Herbsteszeit Äpfel im Hänger sind. Lose oder in Säcken wird alles zur Mosterei gefahren und oft gleich wieder als Apfelsaft im Karton mit nach Hause genommen.

Wenn der Anhänger Plane und Spriegel hat (wie hier im Bild), so kann man alles wind- und wetterfest darin unterbringen, aber dafür kommt kein Radlader mehr ran. Bei Kies und Kompost heißt es also schaufeln ... Dafür wurden damit schon junge Kälbchen befördert, durch Strohballen rundum gepolstert. Auch dichtgepresste Heuballen als Winterfutter für Kuh und Kalb wurden damit geholt. Beim Flohmarkt diente derselbe Hänger als Verkaufsstand, nach drei Seiten zu öffnen, und gelegentlich gelangte auch schon mal ein Klavier damit von A nach B. Gartenabraum fürs Litzholz, lose oder in Säcken, wird darin ebenso transportiert wie der Kleintraktor, der mithilfe zweier Auffahrtsschienen sicher auf den Hänger und im Hof der Kundendienstfirma auch wieder runter kraxelt. Ferner wurden auch schon gefahren: Rindenmulch, Bretter, Dachlatten, Biertischgarnituren, Kühlschränke, Waschmaschinen, alte Bettroste und tausend andere Dinge auch.

Gelegentlich ist so ein Hänger auch als Umzugshelfer gefragt. (Und der Fahrer gleich dazu ...) Aus purer Abenteuerlust diente er auch schon mal als Ein-Mann-Mini-Wohnwagen: Campingklo, Schaumstoffmatratze, Gaskocher und noch ein paar Kleinigkeiten rein - und ab ging's für ein paar Tage in den Bayerischen Wald und ins benachbarte Tschechien. Die damals noch tätigen (deutschen)

Zöllner haben ganz dumm geguckt und dann auf mein Befragen nur gemeint, nein, natürlich, verboten sei das nicht, nur, naja, ungewöhnlich eben schon ...

Und somit ist der PKW-Hänger vielen Menschen auf unterschiedliche Art ein treuer Weggefährte, oft über Jahrzehnte. Weil er anspruchslos ist und preiswert in Steuer und Versicherung, bringt man ihn auch alle zwei Jahre wieder brav durch den TÜV und fährt höchstens erlaubte 80 km/h damit (manche vergessen das zuweilen ...). Nichtanhängerkupplungsbesitzer, die also auch nie mit einem Hänger unterwegs sind, stellen sich trotz auffälligster Beschilderung blind oder stur auf die Stellplätze bei Bauund Möbelmärkten, die ausdrücklich für Gespanne reserviert sind. Ein Gespann braucht halt in Gottesnamen einen doppelt so langen Stellplatz - muss man sich dafür anderswo quer stellen, so blockiert man als Gespannfahrer notgedrungen mindestens 4-5 PKW-Stellplätze ätsch! Man ist ja nicht ohne Grund mit Hänger unterwegs.

Und gar mancher fühlt sich auch nicht wohl dabei, vor allem, wenn es rückwärts zu rangieren gilt. Da hört man auf der Deponie Litzholz manchmal richtig den Schweiß zu Boden rauschen ...;-))





Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Öffentliche Veranstaltung Ortsverein und Kreisverband

1.

Schwanen

Schwanengasse 89584 Ehingen

Dezember

19.30 Uhr

Gute Arbeit - guter Lohn? Gerechtigkeit sieht anders aus

- Referent: Peter Niedergesäss
 Verbandssekretär der Kath. Arbeitnehmerbewegung der Diözese Rottenburg/
 Stuttgart
- Mit im Gespräch: Alex Kübek und Stephanie Bernickel als unsere Kandidaten für die Landtagswahl



7.

Schwert Ehingen

Dezembei

20.00 Uhr

Themen der SPD zur Landtagswahl

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff: 4. Januar 2011 (vorgesehen: PID) Gaststätte Schwert Wegen der Brisanz einiger Themen hat die Redaktion nach dem eigentlichen Redaktionsschluss für dieses Heft alle SPD-Gemeinderäte eingeladen, ihr Abstimmungsverhalten noch mitzuteilen.

Hier die Antworten von Georg Mangold.

(A)bgestimmt: Gemeinderatssitzung 18. 11. 2010

TOP 1: Resolution der CDU wg. Bahnprojekt S21 abgestimmt: klares Nein

TOP 3: Vergabe für die Datenermittlung und Kalkulation zur gesplitteten Abwassergebühr an die Firma Kiru/iib in Ulm für 155 000 €, leider erhöhen diese 155 000 € dann die Gebühren, auch sollen künftig deutlich höhere Verwaltungskosten entstehen. Die neue Art der Gebühr wurde aber durch Gerichtsurteile (außerhalb von Ehingen) vorgeben: Ja.

TOP 4: Erneuerung Abfallwirtschaftskonzept: Wichtigste Neuerung: Eltern von Kleinkindern bekommen künftig bei der Geburt 6 Müllsäcke mit 601 Inhalt. Vorteil für die Eltern: ca. 25 €: mit Ja gestimmt.

TOP 6: Bebauungsplan (BP) Adolffstraße - Satzungsbeschluss: habe trotz Elektromarkt mit Ja gestimmt.

TOP 7: BP Borst/Toom, eigentlich BP alter Postweg, Toom darf nun auf 10 000 m² erweitern: Ja

TOP 10: unser Versorgungs- und Verkehrsbetrieb Ehingen (VVE) bekommt ein drittes Standbein, "Energie", alle Fotovoltaik-Anlagen werden in den VVE überführt, immerhin 6 Anlagen, in Bälde sogar 8: mit Ja gestimmt

TOP 11: in Kirchen errichtet die Stadt 2 neue Fotovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Grundschule und der Mehrzweckhalle: mit Ja gestimmt

Georg Mangold